

Dokumente zur Deutschlandpolitik

Herausgegeben für das Bundesarchiv von Michael Hollmann.

Wissenschaftliche Leitung: Helmut Altrichter, Edgar Büttner und
Bernd Faulenbach †.

VII. Reihe/Band 3

1. Januar 1987 bis 31. Dezember 1988

Bearbeitet von Hauke Marahrens und Annette Mertens in Verbindung mit
Cornelia Baddack.

Berlin/Boston: DeGruyter Oldenbourg. 2026. Zwei Teilbände. CXXXVIII. 1353 S.
ISBN 978-3-11-101977-2

Zum Inhalt

In der Erwartung Erich Honeckers sollten die 750-Jahrfeier der Gründung Berlins und sein offizieller Besuch in Bonn 1987 die Anerkennungspolitik der DDR eindrucksvoll bestätigen. Doch die damit verbundenen Hoffnungen erfüllten sich nicht, den Berlinfeierlichkeiten fehlte der Glanz, und bei der eigenen Bevölkerung war der Bonn-Besuch Honeckers, so berichtete die bundesdeutsche Ständige Vertretung in Ost-Berlin (StäV), schon im Herbst „so gut wie kein Gesprächsthema“ mehr. Die Bewertungen schwankten „von Ablehnung bis zu enttäuschten, weil überspannten Erwartungen“.

Zensur und hartes Vorgehen gegen Andersdenkende, wie die Polizeiaktion gegen die „Umweltbibliothek“ in den Räumen der Zions-Gemeinde (im November 1987) oder von Sicherheitsorganen gegen Demonstranten anlässlich der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (im Januar 1988), vermochten an der allgemeinen Stimmungslage nichts zu ändern und belasteten zudem das Verhältnis zur evangelischen Kirche. Gleiches galt für die Schikanen gegen Ausreisewillige, sie ließen die Zahl der Anträge nicht sinken. Im Gegenteil.

Verzeichnis der Dokumente

1	2. 1. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam berichtet über das Eröffnungskonzert der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost) und damit verbundene Statusfragen Berlins.	3
2	6. 1. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt Moldt protestiert gegen Äußerungen von Bundeskanzler Kohl, der den Begriff „Konzentrationslager“ mit der Behandlung politischer Gefangener in der DDR in Verbindung gebracht hatte.	6
3	14. 1. 1987	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Duisberg skizziert verschiedene Reaktionsmöglichkeiten auf die vorliegenden Einladungen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin Diepgen zu Veranstaltungen anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost) und die zu erwartende Position der Drei Mächte.	7
4	20. 1. 1987	Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU Dobrynin Dobrynin informiert Honecker über das bevorstehende Januar-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, bei dem die Kaderpolitik der Partei, Wirtschaftsfragen und die Demokratisierung der Sowjetunion zentrale Themen werden würden. Honecker erläutert Dobrynin die Vorbereitung der Tagung des Sekretariats des Zentralkomitees der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen Anfang Februar 1987 (Nr. 6). Thematisiert wird auch die Entwicklung der politischen Lage in der Bundesrepublik Deutschland.	10
5	29. 1. 1987	Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, Großbritanniens Bulard und der Vereinigten Staaten von Amerika Burt in der Bundesrepublik Deutschland Besprochen werden die wechselseitigen Einladungen von Diepgen und Honecker zu Veranstaltungen anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin. Schäuble wirbt um Zustimmung, die Einladung an Honecker zum Festakt des Senats im April 1987 offen zu gestalten, die Botschafter wünschen, dass diese für die DDR unannehmbar werde. Eine Absprache über das weitere Vorgehen wird vertagt.	25

LXXVIII *Verzeichnis der Dokumente*

6	9. 2. 1987	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Duisberg berichtet über die Rede Honeckers vor den 1. Kreissekretären der SED am 6. Februar 1987. Honecker habe Dialogbereitschaft für eine Vertiefung der innerdeutschen Beziehungen erkennen lassen.	29
7	11. 2. 1987	Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, Großbritanniens Bullard und der Vereinigten Staaten von Amerika Burt in der Bundesrepublik Deutschland Besprochen wird die Reaktion auf die Einladungen an Diepgen zu Veranstaltungen anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin (Ost). Die Botschafter billigen den Vorschlag der Bundesregierung, eine Gegeneinladung an Honecker zu dem Festakt in Berlin (West) im April 1987 auszusprechen, halten aber eine wechselseitige Teilnahme an den Veranstaltungen nicht für wünschenswert.	32
8	13. 2. 1987	Protokoll des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker Vogel und Honecker tauschen sich u. a. über außen- und sicherheitspolitische Fragen aus. Weitere Themen sind das DDR-Grenzregime sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und Rheinland-Pfalz.	35
9	20. 2. 1987	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hoesch über die Besprechung zum Stand der innerdeutschen Städtepartnerschaften Erörtert wird die Entwicklung der innerdeutschen Städtepartnerschaften. Seitens der DDR sei eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten, bundesdeutscherseits sei das kommunale Interesse an dem Aufbau weiterer Verbindungen groß. Die Bundesregierung werde entsprechende Bemühungen unterstützen.	45
10	23. 2. 1987	Vermerk des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der DDR Glienke über das Gespräch mit dem Leiter des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg Glienke und Duisberg sprechen über den Stand der innerdeutschen Beziehungen. Duisberg würdigt die positive Entwicklung der vergangenen Jahre und schlägt ein baldiges Gespräch zwischen Schäuble und einem Vertreter der Staatsführung der DDR vor.	48

- | | | | |
|----|-------------|--|----|
| 11 | 24. 2. 1987 | <p>Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Duisberg nimmt zu den Vorschlägen des Bundesministers Windelen Stellung, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in „Bundesministerium für deutschlandpolitische Aufgaben“ umzubenennen und ihm zusätzliche Aufgaben, insbesondere weitere Zuständigkeiten für Vertriebene, zu übertragen.</p> | 51 |
| 12 | 25. 2. 1987 | <p>Bericht der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland an das Bundeskanzleramt</p> <p>Die Ständige Vertretung berichtet über das Auftreten der AIDS-Erkrankung in der DDR sowie die staatliche Informations- und Aufklärungspolitik.</p> | 54 |
| 13 | 2. 3. 1987 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Honecker appelliert an Kohl, den jüngsten Vorschlag Gorbatschows zur Abrüstung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu unterstützen.</p> | 56 |
| 14 | 12. 3. 1987 | <p>Mitteilung von Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Kohl antwortet auf das Schreiben Honeckers vom 2. März 1987 (Nr. 13) und begrüßt den Abrüstungsvorschlag Gorbatschows. Kohl regt außerdem die Aufnahme bilateraler Gespräche über Abrüstungs- und Sicherheitsfragen an.</p> | 57 |
| 15 | 12. 3. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Saarlandes Lafontaine mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Lafontaine und Honecker thematisieren u. a. die Vorschläge Gorbatschows zur Abrüstung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa, den geplanten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland, die Reformdiskussion in der Sowjetunion und die Zusammenarbeit zwischen der DDR und dem Saarland.</p> | 59 |
| 16 | 15. 3. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Bundesministers für Wirtschaft Bangemann mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Nach der Erörterung von Abrüstungsfragen und aktuellen Themen der deutsch-deutschen Beziehungen sprechen Honecker und Bangemann über wirtschaftliche Fragen, v. a. Erfahrungen mit Gestattungsproduktionen, die Bildung einer Gemischten Wirtschaftskommission, eine mögliche Zusammenarbeit auf dem Energiesektor und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der DDR.</p> | 62 |

- | | | | |
|----|-------------|--|----|
| 17 | 15. 3. 1987 | <p>Vermerk des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß über das Gespräch mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Themen des Gesprächs sind v. a. der geplante Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland, Umweltschutzmaßnahmen in der DDR, die Elbgrenze, Verkehrsprobleme im Grenzbereich, die Städtepartnerschaft zwischen Hof und Plauen, Fragen des kulturellen Austauschs, internationale Abrüstungsfragen, das Grenzregime der DDR, die Zusammenarbeit zwischen Bayern und der DDR bei der AIDS-Bekämpfung und die sowjetische Reformpolitik.</p> | 69 |
| 18 | 16. 3. 1987 | <p>Vermerk der Gruppe 21 im Bundeskanzleramt über das SPD-Forum „Erben deutscher Geschichte“</p> <p>Berichtet wird über den Verlauf des SPD-Forums „Erben deutscher Geschichte“, bei dem Historiker aus der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zusammentrafen. Die SPD versuche mittels derartiger Veranstaltungen die deutschlandpolitische Initiative zu gewinnen, hierfür werde das Ziel der Zusammenarbeit herausgestellt, während Trennendes bewusst in den Hintergrund gedrängt werde.</p> | 77 |
| 19 | 16. 3. 1987 | <p>Protokoll des Persönlichen Mitarbeiters des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag, Krömke, über das Gespräch Mittags mit dem Bundesminister für Wirtschaft Bangemann</p> <p>Mittag und Bangemann besprechen anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse wirtschaftliche Fragen. Thematisiert werden v. a. der innerdeutsche Handel, die Einbeziehung wirtschaftlicher Aspekte in die Abkommen zum Umweltschutz und zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, außerdem der Ausbau der Bahnverbindung zwischen Hannover und Berlin (West).</p> | 78 |
| 20 | 16. 3. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg Späth mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Honecker und Späth sprechen v. a. über sicherheitspolitische Fragen, die Entwicklung des Reiseverkehrs, bestehende Hindernisse für eine Vertiefung der innerdeutschen Beziehungen sowie den Ausbau des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen Baden-Württemberg und der DDR.</p> | 82 |

21	20. 3. 1987	Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, Großbritanniens Bullard und der Vereinigten Staaten von Amerika Burt in der Bundesrepublik Deutschland Schäuble erläutert seine Absicht, bei den kommenden Gesprächen in Berlin (Ost) (Nr. 26 und Nr. 27) die gegenseitigen Einladungen von Diepgen und Honecker zu Veranstaltungen anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin zu thematisieren. Die Botschafter bedauern die Entwicklung, nach der eine wechselseitige Annahme der Einladungen nicht mehr ausgeschlossen erscheine, und stellen eine zeitnahe Reaktion auf die Überlegungen der Bundesregierung in Aussicht.	86
22	24. 3. 1987	Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis Besprochen wird der bevorstehende Besuch Schäubles in Berlin (Ost), die Elbgrenze, verschiedene Infrastrukturprojekte, energiewirtschaftliche Fragen, die Errichtung einer Gemischten Wirtschaftskommission, Umweltfragen und die 750-Jahr-Feier Berlins.	91
23	26. 3. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer Schäuble und Fischer tauschen sich über sicherheitspolitische Fragen aus. Behandelt werden u. a. die Themen Abrüstung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa, INF-Verhandlungen, Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa, konventionelle Rüstungskontrolle, Verbot von Chemiewaffen und KSZE-Prozess. Fischer übergibt ein Non-paper (Nr. 23A).	96
23A		Anlage Non-Paper der Regierung der DDR mit „Überlegungen für gemeinsame oder parallele Schritte der DDR und der BRD, um dazu beizutragen, die Chancen zu einem gesonderten Abkommen zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa zu nutzen“.	99
24	26. 3. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer Schäuble und Fischer erörtern den Stand der bilateralen Beziehungen, die aus Sicht der DDR belastet würden v. a. durch Staatsangehörigkeitsfragen, die Erfassungsstelle Salzgitter und die Elbgrenze.	101

- | | | | |
|----|---------------|---|-----|
| 25 | 27. 3. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Schäuble und Honecker besprechen das Verhältnis zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR. In den letzten Jahren sei das beidseitige Vertrauen gewachsen, gleichwohl gebe es in bestimmten Fragen nach wie vor Schwierigkeiten. Thematisiert werden u. a. die Entwicklung des Reiseverkehrs, die Einbeziehung Berlins in bestehende Abmachungen, humanitäre Fragen und der Stand der laufenden bilateralen Verhandlungen.</p> | 107 |
| 26 | 27. 3. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker (Vieraugengespräch)</p> <p>Besprochen werden die gegenseitigen Einladungen von Diepgen und Honecker zu Veranstaltungen anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin. Die Angelegenheit solle das bestehende Verhältnis nicht belasten.</p> | 116 |
| 27 | 27. 3. 1987 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Vieraugengespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Vgl. Nr. 26.</p> | 117 |
| 28 | 1. 4. 1987 | <p>Erlass des Bundeskanzleramtes an den Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam über das Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Kohl und Mittag reflektieren den Besuch Schäubles in Berlin (Ost) und erörtern in einer Gesamtschau den Stand der laufenden Verhandlungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR. Es besteht die Absicht, den innerdeutschen Dialog fortzusetzen.</p> | 117 |
| 29 | 1./2. 4. 1987 | <p>Bericht des Ministers für Außenhandel der DDR Beil über den Besuch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag in der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Laut Bericht Beil habe Mittag in Bonn und Hannover mit hochrangigen Vertretern der Wirtschaft die Entwicklung der Geschäftsbeziehungen bundesdeutscher Konzerne zur DDR erörtert. Dabei sei er auch mit verschiedenen Bundes- und Landespolitikern zusammengetroffen, u. a. mit Bundeskanzler Kohl (Nr. 28), Strauß und Bangemann. Wirtschaftliche Fragen hätten im Mittelpunkt des Besuchs gestanden.</p> | 122 |

- | | | | |
|----|-----------------|---|-----|
| 30 | 3. 4. 1987 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Honecker schlägt vor, gemeinsam mit der ČSSR Verhandlungen über die Bildung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa aufzunehmen.</p> | 127 |
| 31 | 3. 4. 1987 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam</p> <p>Seidel und Bräutigam thematisieren u. a. den bevorstehenden privaten Besuch Genschers in der DDR, die Kaliproblematik und die Elbgrenze sowie finanzielle Rahmenbedingungen künftiger gemeinsamer Infrastrukturprojekte. Bräutigam übergibt Seidel ein Non-paper zum nicht-kommerziellen Zahlungsverkehr sowie einen neuen Formulierungsvorschlag zum zu treffenden Umweltabkommen. Diskutiert wird außerdem der Einbezug Berlins in das WTZ- und das Umweltabkommen. Bräutigam schlägt die Aufnahme von Sondierungsgesprächen bezüglich des Eisenbahnausbaus nach Berlin (West) vor.</p> | 129 |
| 32 | 8. 4. 1987 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, Großbritanniens Bullard und der Vereinigten Staaten von Amerika Burt in der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Erörtert werden die gegenseitigen Einladungen von Diepgen und Honecker zu Veranstaltungen anlässlich der 750-Jahr-Feier in Berlin. Schäuble berichtet, nach seinem Eindruck habe Honecker nicht die Absicht, die Einladung nach Berlin (West) anzunehmen. Er plädiert dafür, die Frage, ob Diepgen am Staatsakt der DDR im Oktober 1987 teilnehmen werde, davon unabhängig zu betrachten. Die Botschafter legen für diesen Fall eine umgehende Absage Diepgens nahe.</p> | 135 |
| 33 | 10. 4. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet, Politbüromitglied Hager habe in einem Interview mit dem Stern eine distanzierte Haltung zu den Reformen in der UdSSR vertreten.</p> | 139 |
| 34 | 20./21. 4. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Leiters der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft im Zentralkomitee der SED Rettner mit dem 1. Stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU Sagladin</p> <p>Rettner und Sagladin sprechen u. a. über die innerdeutschen Beziehungen, die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik und Abrüstungsfragen, insbesondere eine Null-Lösung für atomare Mittelstreckentraketen in Europa. Thematisiert werden außerdem das Verhältnis von UdSSR und Bundesrepublik, das nach einem Tiefpunkt nun wieder positiver gestaltet werden solle, sowie Berlin-Fragen. Die Bundesrepublik sei für die Sowjetunion „das wichtigste Land in Westeuropa“.</p> | 141 |

- 35 29. 4. 1987 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über die 13. Runde der Verhandlungen über ein Umweltschutzabkommen 147
- Bräutigam berichtet, dass die Einbeziehung von Berlin (West) in das Umweltabkommen noch umstritten sei. Es gebe keinen Konsens über den Text des Abkommens, auch die Modalitäten der Teilnahme von Vertretern aus Berlin an den zu schaffenden Arbeitsgruppen würden noch diskutiert. Bei anderen Fragen sei ein Einverständnis erzielt worden. Eine baldige Paraphierung sei in Aussicht genommen.
- 36 5. 5. 1987 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt 151
- Moldt erinnert an das am 26. März 1987 von Fischer an Schäuble übergebene Non-paper zur Abrüstung von Mittelstreckenraketen in Europa (Nr. 23A) und bittet um eine möglichst baldige Antwort. Er regt außerdem die Aufnahme bilateraler Abrüstungskonsultationen an.
- 37 5. 5. 1987 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März 153
- Schalck-Golodkowski teilt mit, dass März ihn u. a. über ein Treffen mit Kohl und Strauß am 1. Mai 1987 informiert habe, bei dem über aktuelle politische Fragen betreffend DDR und UdSSR gesprochen worden sei. Es wird ein Gespräch zwischen Strauß und Schalck-Golodkowski am 11. Mai 1987 vereinbart (Nr. 39).
- 38 11. 5. 1987 Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble 155
- Duisberg berichtet, die DDR habe als Reaktion auf die Festveranstaltung des Berliner Senats zur 750-Jahr-Feier Berlins am 30. April 1987 und die dort gehaltenen Reden etliche Gespräche zwischen dem Berliner Senat und der DDR über die Entwicklung Berlins gestoppt. Innerdeutsche Gespräche ohne Bezug auf Berlin liefen jedoch bisher unbeschadet weiter. Duisberg führt die Reaktion der DDR auf eine sowjetische Einflussnahme zurück und macht Vorschläge für das weitere Vorgehen.
- 39 11. 5. 1987 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 161
- Laut Schalck-Golodkowski informierte ihn Strauß über die Einschätzung der Bundesregierung bezüglich der Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR; demnach müsste einer Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen auch die Beseitigung von Raketen kurzer Reichweite folgen. Schalck-Golodkowski übergibt Positionspapiere der DDR (Nr. 39A und Nr. 39B).

39A		Anlage Positionspapier der DDR zur weiteren Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen.	165
39B		Anlage Positionspapier der DDR mit einem Vorschlag zur Reduzierung der Valutaaufwendungen, die der DDR im Zusammenhang mit dem privaten Reiseverkehr für Leistungen der Bundesbahn entstehen.	168
40	13. 5. 1987	Vermerk des Ministerialdirigenten im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Dobiey und der Verwaltungsangestellten Jansen Die Autoren halten ein „angeblich bevorstehendes Angebot der Sowjetunion in der Deutschlandfrage“ für unrealistisch. Derartige Spekulationen würden die Interessenlage der Sowjetunion verkennen. Gleichwohl sei die deutsche Frage seitens der Bundesregierung offen zu halten, auch gegenüber ihren Bündnispartnern.	169
41	14. 5. 1987	Vermerk des Referats RS I 2 im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über die vierte Gesprächsrunde mit der DDR über die Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und Strahlenschutz Nach gegenseitiger Information über die Maßnahmen, die nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl ergriffen wurden, tauschen beide Delegationen die Entwürfe einer Vereinbarung über den Informations- und Erfahrungsaustausch beim Strahlenschutz aus. Ziel ist die Abstimmung eines gemeinsamen Textes.	172
42	15. 5. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker Vogel und Honecker thematisieren u. a. Abrüstungsfragen, die Entwicklung des Reiseverkehrs und die damit einhergehende Devisenbelastung der DDR sowie mit der 750-Jahr-Feier Berlins zusammenhängende Probleme.	177
43	19. 5. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski Hauptthema des Gesprächs ist der beabsichtigte Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland, namentlich das Besuchsprogramm und die protokollarische Ausgestaltung. Im Anschluss daran übergibt Schalck-Golodkowski seinem Gesprächspartner zwei Positionspapiere der DDR (Nr. 39A und Nr. 39B).	180

44	19. 5. 1987	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Vgl. Nr. 43.	182
45	20. 5. 1987	Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt Staab analysiert die außen- und innenpolitische Lage der DDR. Innerhalb des Warschauer Paktes komme der DDR wirtschaftlich und strategisch eine hervorgehobene Bedeutung zu. Sie strebe eine größere Eigenständigkeit gegenüber der UdSSR an und distanzieren sich von der dortigen Reformpolitik, sei aber wirtschaftlich und politisch von der UdSSR abhängig. Trotz Leistungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich gelinge der DDR innenpolitisch keine „nationale Konsolidierung“. Vielmehr entwickle sich die Zunahme von Ausreisewünschen zu einem kaum beherrschbaren Problem. Mit ihrer Berlin-Politik strebe die DDR langfristig eine Einbindung der gesamten Stadt in die DDR an.	186
46	21. 5. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt Schäuble erinnert Moldt an die Zusage Honeckers, dass auch Berlin an den weiteren Entwicklungen der deutsch-deutschen Beziehungen teilhaben solle. Unabhängig von der wechselseitigen Teilnahme an Berliner Jubiläumsfeiern sollten Gespräche über Sachfragen weitergeführt werden. Dissens besteht in der Frage, ob es eine „Sehnsucht der Deutschen“ nach einer staatlichen Einheit gebe.	190
47	2. 6. 1987	Bericht der Ständigen Vertretung der DDR an das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Hager Das Kulturfestival der 11. Duisburger Akzente unter dem Leitthema „Kultur und Kunst aus der DDR“ sei laut vorgelegtem Bericht ein großer Erfolg für die DDR gewesen.	192
48	3. 6. 1987	Protokoll des Ministerialdirigenten im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Süßmilch über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch Gegenstand der Beratungen sind u. a. das Konzept zur Entsalzung der Werra, die bevorstehende Paraphierung der angestrebten Umweltvereinbarung und die Frage der Einbeziehung Berlins, Vorhaben im Bereich des nicht-kommerziellen Zahlungsverkehrs sowie Vorschläge für innerdeutsche Projekte beim Straßenbau. Die Bildung einer von DDR-Seite angestrebten Gemischten Wirtschaftskommission wird nicht befürwortet.	196

- | | | | |
|----|-------------|---|-----|
| 49 | 10. 6. 1987 | <p>Vermerk des Regierungsdirektors Kass über das Gespräch des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Glienke</p> <p>Anlässlich von Übergriffen, die DDR-Sicherheitskräfte auf bundesdeutsche Journalisten im Zuge der Berichterstattung über die Pfingstunruhen in Berlin (Ost) (Nr. 50 und Nr. 51) verübt hätten, erhebt Duisberg formellen Protest gegenüber Glienke. Dieser bestreitet die Vorwürfe.</p> | 205 |
| 50 | 11. 6. 1987 | <p>Schreiben des Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt von Richthofen an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen Genscher mit den Außenministern Großbritanniens Howe, Frankreichs Raimond und der Vereinigten Staaten von Amerika Shultz</p> <p>Laut Bericht von Richthofens werde US-Präsident Reagan in seiner Rede am 12. Juni 1987 deutschlandpolitische Themen aufgreifen und Vorschläge zur künftigen Rolle Berlins unterbreiten, u. a. den Ausbau von Luftverkehrsverbindungen. Außerdem beraten die Außenminister über die Auswirkungen der Pfingstkrawalle in Berlin (Ost) auf die innerdeutschen Beziehungen.</p> | 207 |
| 51 | 15. 6. 1987 | <p>Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Duisberg analysiert den Ablauf der Pfingstkrawalle am Brandenburger Tor und den Umgang der DDR-Führung mit dem Ereignis.</p> | 211 |
| 52 | 19. 6. 1987 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Sänger Udo Lindenberg</p> <p>Honecker bedankt sich bei Udo Lindenberg für die Übersendung einer Lederjacke und revanchiert sich mit einer Schalmel. Er charakterisiert die DDR als „ein sehr jugend- und deshalb auch sehr rockfreundliches Land“.</p> | 214 |
| 53 | 23. 6. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Schäuble und Schalck-Golodkowski vereinbaren Ablauf und Programm des Besuchs Honeckers. Darüber hinaus tauschen sie Positionen und Papiere zu Sachfragen aus, die im Rahmen der innerdeutschen Beziehungen zu klären sind (u. a. Eisenbahnprojekt, Kosten für die DDR im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr).</p> | 216 |
| 54 | 23. 6. 1987 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Vgl. Nr. 53.</p> | 219 |

- | | | | |
|----|-------------|---|-----|
| 55 | 23. 6. 1987 | <p>Vorlage des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle Holik an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Sudhoff über das Gespräch Holiks mit dem Leiter der Hauptabteilung für Grundsatz und Planung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Krabatsch</p> <p>Laut Holik gebe es weiterhin unterschiedliche Auffassungen über Fragen der Abrüstung, namentlich bezüglich des Konzepts eines nuklearwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Europa, der Behandlung der Pershing-Ia-Raketen und Asymmetrien der konventionellen Rüstungskontrolle.</p> | 222 |
| 56 | 23. 6. 1987 | <p>Information des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend über ein Gespräch mit Udo Lindenberg</p> <p>Nachdem ihm eine FDJ-Delegation ein Schreiben Honeckers (Nr. 52) übergab, erneuert Udo Lindenberg seinen Wunsch, ein Konzert in der DDR zu geben. Bei diesem Anlass würde er sich auch für Frieden und Abrüstung einsetzen. Von Gorbatschow sei er „fasziniert“.</p> | 225 |
| 57 | 6. 7. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet über den Festumzug zur 750-Jahr-Feier Berlins in Berlin (Ost), dem die Partei- und Staatsführung auf der Ehrentribüne beiwohnte.</p> | 228 |
| 58 | 7. 7. 1987 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt</p> <p>Schäuble äußert sich betroffen, dass die DDR ohne Vorankündigung die jährliche Höhe der Umtauschsätze für Besucher aus der DDR in der Bundesrepublik reduziert habe. Damit belaste sie die innerdeutschen Beziehungen. Weiterer Besprechungspunkt sind die Vorbereitungen für den Besuch Honeckers, namentlich die Abstimmung einer Pressemitteilung.</p> | 229 |
| 59 | 7. 7. 1987 | <p>Information über das Gespräch des Botschafters der Sowjetunion in der DDR Kotschemassow mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland Burt</p> <p>Burt bringt im Anschluss an den Besuch Reagans in Berlin (West) im Juni 1987 (Nr. 50) die mit der Berlin-Initiative verbundenen Vorschläge für eine Verbesserung der Lage Berlins erneut vor. Kotschemassow betont zwar seinerseits die „realen Veränderungen in der Politik der UdSSR“ und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Berlin-Fragen, diese könnte jedoch allein auf der Basis des Vierseitigen Abkommens stattfinden.</p> | 231 |

60	8. 7. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam analysiert die Presseberichterstattung in der DDR über den Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker in der Sowjetunion. Im Mittelpunkt stehen die deutschlandpolitischen Aussagen Gorbatschows.	235
61	8. 7. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen Fragen des Reiseverkehrs einschließlich des Tourismus. Schalck-Golodkowski versichert, dass die DDR keine Einschränkung der Reisemöglichkeiten ihrer Bürger beabsichtige. Schäuble signalisiert angesichts der Devisenknappheit der DDR seinerseits Entgegenkommen bezüglich der Eisenbahntarife. Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch betont Schalck-Golodkowski das Interesse Honeckers an einem ausführlichen Vier-Augen-Gespräch mit Kohl.	238
62	8. 7. 1987	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Vgl. Nr. 61.	240
63	9. 7. 1987	Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis Die Tagesordnungspunkte betreffen die Reaktion der Bundesregierung auf die Neuregelung der Umtauschsätze für DDR-Bürger, den geplanten Stromverbund und die Berlin-Initiative der USA.	243
64	10. 7. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über die 34. Runde der Verhandlungen über ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit Laut Bericht Bräutigams streben beide Seiten an, den Entwurf eines Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie der zugehörigen Texte und Erklärungen Mitte August zu paraphieren. Über die Projektliste besteht Einvernehmen mit Ausnahme eines Projekts, bei dem die Einbeziehung einer Berliner Einrichtung strittig ist.	247
65	16. 7. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel Bräutigam und Seidel sprechen über die Vorbereitung des Besuchs von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland, namentlich über den Verhandlungsstand der in diesem Zusammenhang zu unterzeichnenden Vereinbarungen.	251

XC *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|----|-------------|---|-----|
| 66 | 20. 7. 1987 | <p>Vermerk des Ministerialrats Germelmann über die Abteilungsleiterbesprechung im Bundeskanzleramt</p> <p>Das Bundeskanzleramt unterrichtet die Ressorts unter Einbeziehung der beteiligten Länder über den Ablauf des Besuchs von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland und alle damit zusammenhängenden protokollarischen und organisatorischen Fragen samt Vorbereitung eines gemeinsamen Kommuniqués.</p> | 254 |
| 67 | 20. 7. 1987 | <p>Vermerk der Verwaltungsangestellten im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Jansen über die Abteilungsleiterbesprechung im Bundeskanzleramt</p> <p>Vgl. Nr. 66.</p> | 260 |
| 68 | 22. 7. 1987 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, der Vereinigten Staaten von Amerika Burt und dem Gesandten Großbritanniens Williams in der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Schäuble unterrichtet die Botschafter der Drei Mächte über Vorgeschichte und Planung des für September 1987 avisierten Besuchs von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland. Kritische Fragen stellt namentlich Burt bezüglich Schießbefehl, Berücksichtigung des Status Berlins und Abrüstungsfragen.</p> | 262 |
| 69 | 27. 7. 1987 | <p>Protokoll über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Axen mit den Sekretären des Zentralkomitees der KPdSU Dobrynin und Medwedew</p> <p>Ausgehend von einer von DDR-Seite an Gorbatschow übersandten „Analyse zur Lage der BRD – Schlußfolgerungen für eine gemeinsame Politik“ sind die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Thema des Gesprächs. Laut Dobrynin stehen sie in engem Zusammenhang mit dem Abrüstungsziel einer globalen doppelten Null-Lösung. Axen äußert hohe Erwartungen an den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, das Programm sei „ein Salut für die sozialistische DDR“.</p> | 265 |
| 70 | 28. 7. 1987 | <p>Protokoll der Beratung im Politbüro des Zentralkomitees der SED</p> <p>Nach ausführlicher Erörterung stimmt das Politbüro dem gemeinsam von SPD und SED erarbeiteten Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (Nr. 81) zu.</p> | 276 |
| 71 | 30. 7. 1987 | <p>Bericht des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag Schattmann an das Auswärtige Amt</p> <p>Laut Schattmann gerät die Botschaft Prag zunehmend unter Druck ausreisewilliger DDR-Bürger. Angesichts wenig wirksamer Beratungsmöglichkeiten komme es auch zu Festsetzungen. Zur Entlastung regt er an, für Härtefälle beschleunigt und bevorzugt Lösungen zu finden.</p> | 282 |

72	4. 8. 1987	Schreiben des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen an das Bundeskanzleramt Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen informiert das Bundeskanzleramt über den Stand der Gespräche zwischen Staatssekretär Rehlinger und Rechtsanwalt Vogel. Ziel ist die Ausgestaltung des Genex-Geschenkdienstes.	283
72A		Anlage Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger über Gespräche mit Rechtsanwalt Vogel über den Genex-Geschenkdienst.	284
73	4. 8. 1987	Schreiben des Mitglieds des Politbüros Mittag an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker Mittag unterrichtet Honecker über die Nutzung des Fernsehkanals 25 in Berlin (West). Geplant sei die Teilung des Sendebetriebs zwischen RIAS-TV und Sat 1. Die Ausstrahlung des Programms solle bereits Ende August 1987 beginnen. Mittag skizziert Hintergründe der Betriebsaufnahme sowie Protest- und technische Gegenmaßnahmen der DDR.	286
74	7. 8. 1987	Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU Jakowlew Im Anschluss an das Juni-Plenum der KPdSU erläutert Jakowlew im Auftrag Gorbatschows neben den inneren Reformen die wirtschaftliche Lage in der UdSSR sowie Fragen der internationalen Politik und der Abrüstung. Honecker zeichnet ein positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR und äußert deutliche Vorbehalte gegenüber einer neuen kritischen Sichtweise auf die Geschichte der KPdSU.	289
75	14. 8. 1987	Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Axen mit dem Mitglied des Präsidiums der SPD Bahr Axen informiert Bahr über die im Rahmen des Honecker-Besuchs möglichen Kontakte mit Repräsentanten der SPD. Im Vorfeld der Landtagswahl in Schleswig-Holstein legt Bahr besonderen Wert auf einen Fototermin Honeckers mit Engholm. Thematisiert werden außerdem das gemeinsame Papier von SED und SPD sowie sicherheitspolitische Fragen.	297

76	17. 8. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski Neben der Abstimmung des Gemeinsamen Kommuniqués besprechen Schalck-Golodkowski und Schäuble im Vorfeld des Honecker-Besuchs eine Reihe von Sachfragen, u. a. die Anpassung der Eisenbahntarife zur Reduzierung der Valutaausgaben der DDR für den privaten Reiseverkehr und Infrastrukturmaßnahmen, den Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Berlin (West), die Grunderneuerung von Autobahnabschnitten sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung.	302
77	17. 8. 1987	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Vgl. Nr. 76.	304
78	26. 8. 1987	Protokoll über die 17. Kabinettsitzung der Bundesregierung (Auszug) Schäuble unterrichtet das Kabinett über die Vorbereitung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik und resümiert den Sachstand der innerdeutschen Entwicklungen. Kohl räumt emotionale Vorbehalte bezüglich des Besuchs ein und erwartet die Konfrontation mit Situationen, „die ihm sehr viel abverlangten“, würdigt jedoch den Anstieg des Besuchsverkehrs als einen der „größten Erfolge“ der Bundesregierung. Auf seinen Vorschlag hin beschließt das Kabinett eine Erhöhung des Begrüßungsgeldes auf 100 DM pro Person und Jahr.	309
79	26. 8. 1987	Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Diepgen an Bundeskanzler Kohl Diepgen bittet Kohl, Honecker anlässlich des Besuchs in der Bundesrepublik auf für Berlin (West) wichtige Projekte anzusprechen, um insbesondere Erleichterungen im Reise- und Transitverkehr für Berlin (West) zu erreichen.	312
80	27. 8. 1987	Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis Tagesordnungspunkte sind neben der Vorbereitung des Honecker-Besuchs die erfolgte Neuregelung der Eisenbahntarife im Besucherverkehr, die beabsichtigte kommerzielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung sowie die Frage einer Gemischten Wirtschaftskommission, deren Nutzen für die Bundesrepublik von dem Einbezug von Berlin (West) abhängt. Bezüglich der beabsichtigten Verkehrsprojekte wird vereinbart, eine Priorisierung vorzunehmen.	314

81	27. 8. 1987	Gemeinsames Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ Das gemeinsame Papier von SED und SPD befasst sich mit dem „friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme“. Dieser solle sich in einer „Kultur des politischen Streits“ manifestieren und ein „Neues Denken, neues Handeln“ ermöglichen.	319
82	31. 8. 1987	Vorlage des Ministerialdirigenten Lutz an Bundeskanzler Kohl Lutz legt eine von Hans Langendörfer verfasste kritische Analyse des gemeinsamen Papiers von SED und SPD (Nr. 81) vor. Zusammenfassend hält er fest, die SED habe sich in eine vorteilhafte Position gebracht, da sie von Demokraten auch in Grundsatzfragen als Gesprächspartner akzeptiert worden sei. Strittige Fragen würden nicht diskutiert, die SED könne das Papier vielmehr zur kritiklos positiven Selbstdarstellung nutzen.	327
82A		Anlage Auswertung des gemeinsamen Papiers von SED und SPD durch den Mitarbeiter im Bundeskanzleramt Hans Langendörfer.	328
83	1. 9. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt In Bräutigams Einschätzung enthält das gemeinsame SED-SPD-Papier (Nr. 81) „bemerkenswerte Weiterentwicklungen ideologischer Positionen der SED“. In der DDR-Presse werde jedoch neben einer Betonung der friedenspolitischen Intention eine restriktive Interpretation der politischen Bedeutung des Textes vorgegeben.	333
84	1. 9. 1987	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Laut Bräutigam ist die innere Lage der DDR zwar stabil, doch bleibe der Ausreisepressure unzufriedener Bürger das „schwierigste innenpolitische Problem“. Einer Reformdiskussion als Reaktion auf die Neuerungen Gorbatschows verweigere sich die DDR-Führung; an deren Spitze sei allerdings in nicht allzu ferner Zeit ein Wechsel zu erwarten.	336
85	1. 9. 1987	Bericht des Botschaftsrats I. Klasse und Vertreters des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Budapest Meincke an das Auswärtige Amt Meincke informiert über die Vorsprache von DDR-Bürgern in der Botschaft in Budapest, die beabsichtigen, in die Bundesrepublik übersiedeln. Trotz mittlerweile erschwelter Bedingungen seitens der Grenzbehörden, gelinge vielen Deutschen die Flucht über die ungarische Grenze oder über die Grenze nach Österreich und Jugoslawien. Im Falle der im Vergleich zu den Vorjahren seltener gewordenen Festsetzungen verlaufe die Zusammenarbeit mit der hiesigen DDR-Botschaft „reibungslos“ und sei „beinahe Routine geworden“. Prognosen über die weitere Entwicklung seien schwierig und hingen vom Ausgang des Honecker-Besuchs ab.	338

XCIV *Verzeichnis der Dokumente*

86	2. 9. 1987	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski Neben der Abstimmung des Gemeinsamen Kommuniqués besprechen Schäuble und Schalck-Golodkowski im Vorfeld des Honecker-Besuchs eine Reihe von Sachfragen, u. a. die Behandlung von Zufluchtsfällen und den Berliner Reise- und Besuchsverkehr. Schalck-Golodkowski besteht auf Entgegenkommen in der Frage einer Gemeinsamen Wirtschaftskommission.	343
87	2. 9. 1987	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Vgl. Nr. 86.	345
88	7. 9. 1987	Vermerk des Ministerialdirigenten Stern über das Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker im Kreis der Delegationen Im Rahmen ihres ersten Gesprächs im Kreis der Delegationen geben Kohl und Honecker grundsätzliche Erklärungen ab.	351
88A		Anlage Positionspapier der DDR zu verschiedenen Sachfragen des Transit-, Reise- und Besucherverkehrs.	359
88B		Anlage Statistische Übersicht der DDR zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs.	364
89	7. 9. 1987	Vermerk des persönlichen Mitarbeiters des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker, Herrmann, über das Gespräch Honeckers mit dem Bundespräsidenten von Weizsäcker Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen Fragen der internationalen Politik auf dem Gebiet der Abrüstung und wechselseitigen Sicherheit sowie die Bedeutung des KSZE-Prozesses.	367
90	7. 9. 1987	Vermerk des Ministerialdirektors Becker über das Gespräch des Bundesministers für Wirtschaft Bangemann mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag Thema sind die Wirtschaftslage in Bundesrepublik und DDR sowie der innerdeutsche Handel. Mittag übergibt Bangemann den „Briefentwurf“ des Ministers für Außenhandel der DDR zur Gründung einer Gemischten Wirtschaftskommission.	372

- | | | | |
|----|------------|--|-----|
| 91 | 7. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker im kleinen Kreis</p> <p>Kohl und Honecker sprechen im kleinen Kreis über vielfältige bilaterale Themen, u. a. die wirtschaftlichen Beziehungen, den Reiseverkehr, Berlin (West)-Fragen, die Elbgrenze, Verkehrsprojekte und den Umweltschutz. Der Bundeskanzler spricht auch den Schießbefehl an, der eine der „schwersten psychologischen Belastungen für die Beziehungen“ sei.</p> | 374 |
| 92 | 7. 9. 1987 | <p>Vermerk des Regierungsdirektors Homann über das Gespräch des Bundesministers für Wirtschaft Bangemann mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Der von Mittag übergebene „Briefentwurf“ (Nr. 90) zur Gründung einer Gemischten Wirtschaftskommission bedarf laut Bangemann einer Besprechung innerhalb der Bundesregierung. Er bekundet Interesse an kommerziellen Projekten im Bereich Energie und Umwelt. Weitere Themen sind der Bau eines Touristenhotels in Berlin (Ost) und der Ausbau betrieblicher Kooperationen.</p> | 383 |
| 93 | 7. 9. 1987 | <p>Vermerk über die Gespräche des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag mit dem Bundesminister für Wirtschaft Bangemann</p> <p>Vgl. Nr. 90 und Nr. 92.</p> | 389 |
| 94 | 7. 9. 1987 | <p>Vermerk des Verwaltungsangestellten Ackermann über das Gespräch der Bundesministerin für die innerdeutschen Beziehungen Wilms mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer</p> <p>In einem ausführlichen Statement trägt Wilms zahlreiche Einzelfragen der innerdeutschen Beziehungen vor, namentlich die Entwicklungen bei Reiseverkehr, Grenzregime, Städtepartnerschaften und bei den besonderen humanitären Bemühungen. Fischer äußert sich eher distanziert, der Aufgabenbereich des BMB sei ihm „im einzelnen nicht bekannt“, und verweist u. a. auf die internationale Lage sowie die Geraer Forderungen. Angesichts unterschiedlicher grundsätzlicher Positionen besteht Konsens, dass man sich bei der Weiterentwicklung der Beziehungen auf das „Machbare“ konzentriert.</p> | 391 |
| 95 | 7. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Ministerbüros Niklas über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer mit der Bundesministerin für die innerdeutschen Beziehungen Wilms</p> <p>Vgl. Nr. 94.</p> | 402 |

96	8. 9. 1987	Aufzeichnung des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Krolikowski und des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Stoph Krolikowski und Stoph üben harte Kritik am aktuellen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, sie sehen darin die „explodierende Gefahr“ einer „inszenierten faktischen deutsch-deutschen Aussöhnung“. Ausgehend von der Ausweitung des Reise- und Besuchsverkehrs, der bei den Bürgern der DDR zu einem „gefährlichen ideologischen Westdrall“ führe, kritisieren sie Honeckers Westpolitik grundsätzlich als „Verrat“, er arbeite „dem BRD-Imperialismus eindeutig in die Hände“.	406
97	8. 9. 1987	Vermerk des Leiters des Präsidialbüros Gundelach über das Gespräch des Präsidenten des Deutschen Bundestages Jennings mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker Nach einem Austausch über ihre grundsätzlichen Positionen zur Ausgestaltung der innerdeutschen Beziehungen im Kontext der internationalen Politik befürwortet Honecker die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR. Jennings verweist hingegen auf Vorbehalte, u. a. die fehlende Gleichbehandlung der Berliner Abgeordneten.	411
98	8. 9. 1987	Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Jennings Vgl. Nr. 97.	415
99	8. 9. 1987	Vermerk des Vortragenden Legationsrates 1. Klasse Kastrup über das Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen Genscher mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer Thema der Außenminister sind die internationalen Rahmenbedingungen der innerdeutschen Beziehungen. Dazu gehören maßgeblich die laufenden Verhandlungen zur Beseitigung von Nuklearwaffen, aber auch die Bemühungen um die konventionelle Rüstungskontrolle und um ein Verbot von Chemiewaffen sowie die Zusammenarbeit im Rahmen des KSZE-Prozesses.	417
100	8. 9. 1987	Vermerk des Leiters des Ministerbüros Niklas über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer mit dem Bundesminister des Auswärtigen Genscher Vgl. Nr. 99.	423

- | | | | |
|-----|---------------|---|-----|
| 101 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker im kleinen Kreis</p> <p>Von Kohl einleitend angesprochen, stehen zunächst humanitäre Fragen samt Amnestie in der DDR und die Ermöglichung der Ausreise von DDR-Bürgern im Vordergrund. Außerdem werden verschiedene Einzelfragen behandelt, u. a. die Ausweitung des nicht-kommerziellen Zahlungsverkehrs und des grenznahen Verkehrs. Eine Festlegung der Elbgrenze erfordert laut Kohl weitere bilaterale Beratung mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht.</p> | 426 |
| 102 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Ministerialdirigenten Stern über das Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker im Kreis der Delegationen</p> <p>In einer Erklärung betont Honecker die Verantwortung beider deutschen Staaten für Frieden und Abrüstung innerhalb ihrer Bündnissysteme. Wenngleich sie sich nicht von Entwicklungen der internationalen Beziehungen abkoppeln könnten, seien durch die Vertragspolitik zahlreiche bilaterale Fortschritte erreicht worden. Der Erklärung folgen Berichte über die parallel geführten Ministergespräche (vgl. Nr. 90, Nr. 92, Nr. 93, Nr. 94, Nr. 95, Nr. 99, Nr. 100).</p> | 432 |
| 103 | 7./8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über die Gespräche des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit Bundeskanzler Kohl</p> <p>Vgl. Nr. 88, Nr. 91, Nr. 101, Nr. 102.</p> | 436 |
| 104 | 8. 9. 1987 | <p>Gemeinsames Kommuniqué über den Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in der Bundesrepublik Deutschland</p> | 453 |
| 105 | 8. 9. 1987 | <p>Bericht des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR Reichelt an das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Laut Bericht Reichelts habe Töpfer anlässlich der Unterzeichnung der Regierungsvereinbarung zum Umweltschutz mehrere konkrete Sachfragen angesprochen, u. a. die Schaffung grenzüberschreitender Naturschutzgebiete, die Situation der an der innerdeutschen Grenze gelegenen Deponie Schönberg sowie die Luft- und Gewässerreinigung. Des Weiteren habe Töpfer Interesse an einem Besuch in der DDR bekundet.</p> | 459 |

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 106 | 8. 9. 1987 | <p>Bericht über den Besuch des Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR Sitzlack in der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über den Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes führt Sitzlack ein Arbeitsgespräch mit Töpfer, in dem dieser „dringlich“ bittet, Mitarbeitern des BMU einen Besuch im DDR-Endlager Morsleben zu gewähren. Weiteres Thema sind die internationalen Expertengruppen, welche die Sicherheit von Kernanlagen bewerten.</p> | 464 |
| 107 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Ministers für Wissenschaft und Technik der DDR Weiz über das Gespräch mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie Riesenhuber</p> <p>Beide Forschungsminister haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik hohe Erwartungen bezüglich künftiger gemeinsamer Projekte. Riesenhuber hält sogar laut Bericht von Weiz eine Teilnahme der DDR an Eureka für denkbar und wird zu einem Besuch in der DDR eingeladen.</p> | 466 |
| 108 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Vorsitzenden der DKP Mies und der stellvertretenden Vorsitzenden Weber</p> <p>Im Gespräch mit Mies stellt Honecker seine Politik gegenüber der Bundesrepublik als durchweg erfolgreich dar. Mit seinem Besuch seien „unsere gemeinsamen Ziele erreicht worden“.</p> | 469 |
| 109 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Professors an der Freien Universität Berlin Schröder über die Gespräche des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD Vogel sowie des Vorsitzenden der Landtagsfraktion der SPD in Schleswig-Holstein Engholm mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Vogel sieht den Besuch Honeckers als „Endpunkt“ der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik. Zu den von ihm angesprochenen Sachfragen gehören u. a. die Lage an der Grenze beider Staaten als „zentrales Problem“ sowie das gemeinsame Papier von SPD und SED (Nr. 81). Honecker stellt die Sicherheits- und Abrüstungspolitik in den Vordergrund. Das Gespräch mit Engholm behandelt Einzelfragen, die Schleswig-Holstein betreffen, die Nutzung eines Seeufers auf DDR-Seite und die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen.</p> | 471 |
| 110 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der SPD Vogel</p> <p>Vgl. Nr. 109.</p> | 476 |

- | | | | |
|-----|------------|--|-----|
| 111 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion der SPD in Schleswig-Holstein Engholm</p> <p>Vgl. Nr. 109.</p> | 478 |
| 112 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Mitarbeiters der CDU-Bundesgeschäftsstelle Kaack über das Gespräch des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU Dregger und des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Waigel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Dregger und Waigel sowie Honecker sehen ein gemeinsames deutsches Interesse darin, dass neben den geplanten Abrüstungsschritten auch die besondere nukleare Bedrohung durch Kurzstreckenraketen beseitigt wird. Auf Initiative Dreggers sind Grenzregime und Schießbefehl sowie die Erhaltung nationaler Kulturdenkmäler in der DDR Themen des Gesprächs.</p> | 479 |
| 113 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU Dregger und dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Waigel</p> <p>Vgl. Nr. 112.</p> | 482 |
| 114 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der FDP Mischnick und dem stellvertretenden Vorsitzenden Ronneburger</p> <p>Honecker würdigt einleitend die Rolle der FDP in der innerdeutschen Politik sowohl hinsichtlich des Engagements für eine globale Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen als auch der Zusammenarbeit in wirtschaftspolitischen Fragen. Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen DDR und Bundesrepublik zu intensivieren, sehen die Politiker in Städtepartnerschaften und Kontakten zwischen Volkskammer der DDR und Deutschem Bundestag. Ronneburger und Mischnick thematisieren das Weiteren Familienzusammenführung, Schießbefehl sowie Erleichterungen im Reiseverkehr.</p> | 484 |

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 115 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit der Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen Schoppe und den Mitgliedern der Fraktion Hensel und Michalik</p> <p>Schoppe begrüßt die Abrüstungsinitiativen der Warschauer-Pakt-Staaten und versichert, die Grünen würden „ausschließlich“ für die Existenz zweier deutscher Staaten eintreten. Zugleich setzt sie sich für Friedensgruppen ein, die in der DDR Repressalien ausgesetzt seien, und kritisiert Einreisesperren gegen Mitglieder der Grünen. Honecker seinerseits kritisiert deren „Auftreten“ in der DDR und empfiehlt, die Grünen sollten sich in ihrer Tätigkeit auf die Bundesrepublik konzentrieren. Kontakte zur DDR-Regierung und zum Kulturbund könnten sie pflegen, aber sie sollten sich an die in der DDR geltenden Gesetze halten.</p> | 487 |
| 116 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg Späth</p> <p>Nach einleitenden Bemerkungen Honeckers zu Fragen der Abrüstung bestätigt Späth, der Besuch werde der deutsch-deutschen Zusammenarbeit „Auftrieb geben“. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen weitere Möglichkeiten der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit von DDR und Baden-Württemberg.</p> | 490 |
| 117 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Mitglied des Deutschen Bundestages Kelly und General a. D. Bastian</p> <p>Konsens besteht hinsichtlich der Abrüstung von Mittelstreckenraketen. Honecker stimmt dem Wunsch Bastians nach einem „Gedankenaustausch“ mit Generalen der DDR zu. Kelly übergibt Briefe mit Wünschen für Einreisen in die DDR und setzt sich für Bärbel Bohley (Auslandsreise in die Bundesrepublik) und Gerhard Jahn (Benutzung der Transitwege) ein.</p> | 492 |
| 118 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Büros des Ehrenvorsitzenden der SPD Brandt, Lindenberg, über das Gespräch Brandts mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Beide Politiker sehen den Besuch Honeckers als wichtiges Ergebnis eines langwierigen politischen Prozesses. Brandt spricht neben dem SPD-SED-Papier wohl auch kurz die Frage der Einheit an und verweist auf die Skepsis Mitterands in allem, „was sich an Deutschem tue“.</p> | 494 |
| 119 | 8. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Ehrenvorsitzenden der SPD Brandt</p> <p>Vgl. Nr. 118.</p> | 496 |

- | | | | |
|-----|------------|--|-----|
| 120 | 9. 9. 1987 | <p>Vorlage des Leiters des Referats Innerdeutscher Handel Rudolf an das Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundes der deutschen Industrie Steves über das Gespräch von Vertretern der bundesdeutschen Wirtschaft mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Nach einer knappen Zusammenfassung der „wirtschaftlichen Ergebnisse und Aspekte“ in den Gesprächen auf Regierungsebene informiert Rudolf über die Gespräche mit namhaften Vertretern der Wirtschaft, die auf Einladung Wolff von Amerongens stattfanden. Zurückhaltend beurteilt er von der DDR in Aussicht gestellte Aufträge in Milliardenhöhe. Aufgrund der „systemimmanenten Inflexibilität der DDR-Wirtschaft“ betrachtet er auch die Ankündigung intensivierter Kooperationen auf Betriebsebene mit Skepsis.</p> | 498 |
| 121 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit Vertretern der bundesdeutschen Wirtschaft</p> <p>Nach Einschätzung der DDR-Seite schaffte das Treffen mit namhaften Vertretern der Wirtschaft Voraussetzungen für eine Intensivierung der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen und den Abbau bestehender Handelshemmnisse.</p> | 502 |
| 122 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters der Staatskanzlei Leister über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Rau mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker im kleinen Kreis</p> <p>Ausgehend von den guten Kontakten zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der DDR spricht Rau u. a. das Grenzregime und den Schießbefehl an, die laut Honecker aber „keine große Rolle“ in den Gesprächen mit Kohl gespielt hätten. Weitere Themen sind – neben persönlichen Erinnerungen Honeckers – die Entwicklungen in der UdSSR, die Städtepartnerschaften, der Reiseverkehr und das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR.</p> | 503 |
| 123 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk des persönlichen Mitarbeiters des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker, Herrmann, über das Gespräch Honeckers mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Rau im kleinen Kreis</p> <p>Vgl. Nr. 122.</p> | 507 |

CII *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|-----|------------|--|-----|
| 124 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk des Ministerialrats in der Staatskanzlei Könitzer über das Gespräch auf Delegationsebene anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Besprechung hat laut Minister Posser den Anlass, zu erörtern, welchen Beitrag die Landesregierung im Rahmen der zwischen der Bundesregierung und der DDR geschlossenen Verträge leisten könne. Die Delegationen thematisieren die bereits bestehenden Beziehungen sowie mögliche Kooperationen auf den Gebieten Wirtschaft und Handel, Umwelt, Wissenschaft, Technik und Kultur.</p> | 511 |
| 125 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR Moldt über das Gespräch auf Delegationsebene anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Vgl. Nr. 124.</p> | 519 |
| 126 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR Moldt über das Gespräch auf Delegationsebene anlässlich des Besuchs des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Vgl. Nr. 124.</p> | 521 |
| 127 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem ehemaligen Bundeskanzler Schmidt</p> <p>Gesprächsthema sind Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik. Schmidt sieht namentlich in der Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion eine wesentliche Herausforderung für den Erfolg der Perestroika Gorbatschows. In Polen habe sich nach Honeckers Einschätzung die politische Lage stabilisiert.</p> | 522 |
| 128 | 9. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion der SPD in Niedersachsen Schröder und dem Ministerpräsidenten des Saarlandes Lafontaine</p> <p>In den Augen Schröders ist der Besuch Honeckers „ein wahrer Durchbruch“ in den deutsch-deutschen Beziehungen. Themen sind in Verbindung mit der politischen Situation in Niedersachsen die Festlegung der Elbgrenze und eine eventuelle Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter.</p> | 523 |

- | | | | |
|-----|-------------|--|-----|
| 129 | 10. 9. 1987 | <p>Vermerk des Chefs der Staatskanzlei Schleyer über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Nach der Erörterung der internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik erörtern Vogel und Honecker die Beziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und der DDR, u. a. bezüglich Wirtschaft (Weinimport), Kultur (Salier-Ausstellung), Wissenschaft und Städtepartnerschaften.</p> | 525 |
| 130 | 10. 9. 1987 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz Vogel</p> <p>Vgl. Nr. 129.</p> | 532 |
| 131 | 10. 9. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Ministerbüros im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Niklas über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes Lafontaine im größeren Kreis</p> <p>Honecker und Lafontaine sprechen über die Weiterentwicklung der bisher bereits guten Beziehungen zwischen dem Saarland und der DDR, u. a. im Hinblick auf Städtepartnerschaften sowie auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet.</p> | 533 |
| 132 | 10. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes Lafontaine im kleinen Kreis</p> <p>Neben gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen betonen beide Politiker ihre besonderen politischen Beziehungen: Mit Lafontaine wolle das Saarland bei der Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen vorangehen, während Honecker zusagt, Lafontaine könne sich auch künftig „der Unterstützung durch die DDR sicher sein.“</p> | 537 |
| 133 | 10. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag und des Ministers für Außenhandel der DDR Beil mit Vertretern der saarländischen Wirtschaft</p> <p>Die Gesprächsteilnehmer tauschen sich über Möglichkeiten aus, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und der DDR zu intensivieren.</p> | 539 |

- | | | | |
|------|-------------|---|-----|
| 134 | 11. 9. 1987 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß</p> <p>Beide Politiker bekunden ihre Übereinstimmung in Abrüstungsfragen, Kriege dürften zulasten der beiden deutschen Staaten nie mehr kalkulierbar und führbar werden. Strauß erläutert seine Position zu den Pershing-Ia-Raketen und würdigt die „Signale der DDR für guten Willen“ bezüglich des Grenzregimes wie auch der Entwicklung des Reiseverkehrs. Weitere Themen sind die Zusammenarbeit auf Grundlage des Kulturabkommens, bei der AIDS-Forschung und auf wirtschaftlichem Gebiet sowie „einige Wünsche“ von Strauß u. a. zur Ausreise- und Übersiedlungspolitik der DDR.</p> | 540 |
| 135 | ohne Datum | <p>Bericht des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel</p> <p>Seidel gibt eine Gesamtschau auf den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, den er als bedeutenden politischen Erfolg für die DDR und das „wichtigste Ereignis in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD seit Abschluß des Grundlagenvertrags“ bewertet. Er berichtet über wesentliche Aussagen in den Gesprächen Honeckers mit Kohl sowie über die getroffenen politischen Vereinbarungen und Absprachen. Abschließend formuliert er Schlussfolgerungen für die weitere Politik gegenüber der Bundesrepublik.</p> | 544 |
| 135A | | <p>Anlage</p> <p>Zusammenstellung der während des Honecker-Besuchs vorgetragenen Wünsche, zu denen Entscheidungsvorschläge ausgearbeitet werden sollen.</p> | 562 |
| 136 | 14. 9. 1987 | <p>Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Duisberg unterrichtet Kohl über den Ablauf des Besuchs von Honecker in den Bundesländern. Im Ganzen sei überall „die richtige Mitte zwischen Distanz und Nähe eingehalten worden“.</p> | 565 |
| 137 | 14. 9. 1987 | <p>Bericht des Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes Münstermann an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Münstermann analysiert „das kühle Verhältnis“ von Gorbatschow zu Honecker. Nicht allein persönliche Gründe dürften dafür entscheidend sein, sondern auch „politische Problemfelder“ wie harte Forderungen nach wirtschaftlichen Mehrleistungen zugunsten der UdSSR und die Distanz Honeckers zur Reformpolitik Gorbatschows.</p> | 569 |

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 138 | 17. 9. 1987 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis</p> <p>Die Tagesordnungspunkte betreffen den Ausbau der Eisenbahnverbindung Hannover-Berlin (West), die Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken, die Bildung der Gemischten Wirtschaftskommission, das Problem der Werra-Versalzung, zu dem Sondierungsgespräche mit der DDR durchgeführt werden sollten, sowie den nicht-kommerziellen Zahlungsverkehr und die Bildung der WTZ-Kommission, bei der die Beteiligung von Berlin (West) noch strittig sei.</p> | 572 |
| 139 | 23. 9. 1987 | <p>Bericht des Ministerialdirigenten Kastrup und des Botschafters Lautenschlager an das Auswärtige Amt über das Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen Genscher mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer</p> <p>Fischer und Genscher stimmen in einer positiven Bewertung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik überein, auch international sei das Ereignis beachtet worden. Weitere Themen sind u. a. Abrüstungsfragen und das Folgetreffen der KSZE in Wien. Genscher schlägt Konsultationen der Planungsstäbe beider deutscher Außenministerien vor.</p> | 577 |
| 140 | 24. 9. 1987 | <p>Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe im Ministerium für Staatssicherheit der DDR</p> <p>Laut Bericht der ZAIG herrsche in der Bevölkerung zwar eine zustimmende „Grundtendenz“ zum gemeinsamen Papier von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (Nr. 81). Die Reaktionen im Einzelnen seien jedoch differenziert, namentlich ältere Parteimitglieder und Funktionäre befürchteten eine Unterwanderung der ideologischen Positionen der SED.</p> | 581 |
| 141 | 30. 9. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam analysiert die Reaktionen in der DDR auf den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik. In den Medien sei der Besuch minutiös dokumentiert worden, dies habe einen „Übersättigungseffekt“ ausgelöst. In der Bevölkerung schwankten die Bewertungen zwischen Genugtuung über die internationale Anerkennung der DDR, Ablehnung, Enttäuschung und abwartender Hoffnung, die darauf ruhe, dass erreichte Auflockerungen nicht rückgängig gemacht würden. International habe der Besuch große Beachtung gefunden.</p> | 585 |
| 142 | 12. 10. 1987 | <p>ZK-Hausmitteilung des Mitglieds des Politbüros Krenz an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Nach Abwägung der Vor- und Nachteile, die mit einer Genehmigung eines Auftritts von Udo Lindenberg in der DDR verbunden seien, plädiert Krenz für eine hinhaltende Reaktion: das Vorhaben sei „langfristig“ zu planen und ein „exakter Vertrag“ müsse Lindenbergs Titelliste festlegen.</p> | 590 |

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 143 | 13. 10. 1987 | <p>Vermerk der Oberregierungsrätin von Neubeck-Hohlefelder über das Gespräch des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Schneider mit dem Minister für Bauwesen der DDR Junker</p> <p>Junker schildert offen die Verhältnisse im Wohnungs- und Städtebau der DDR vor dem Hintergrund der Planziele des 1971 aufgelegten Wohnungsbauprogramms. In den Städten bestünde erheblicher qualitativer Modernisierungsbedarf, während im ländlichen Raum privater Eigenheimbau gefördert werden könne. Gesondert geht er auf die Situation in Berlin (Ost) ein, knappe Ressourcen setzten den architektonischen Möglichkeiten enge Grenzen. Der Erfahrungsaustausch beider Minister soll fortgesetzt werden.</p> | 593 |
| 144 | 16. 10. 1987 | <p>Information des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR</p> <p>Das Ministerium für Staatssicherheit informiert über ein erstes formelles Treffen von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten mit unabhängigen Oppositionellen in der DDR um Pfarrer Eppelmann und Ralf Hirsch. Neben den jeweiligen deutschlandpolitischen Positionen stand die Verwirklichung der KSZE-Schlussakte, namentlich der individuellen Menschenrechte, im Mittelpunkt des Austausches. Eppelmann und Poppe kritisierten die „Berührungsängste“ westlicher Parteien gegenüber der „demokratischen Opposition Osteuropas“.</p> | 597 |
| 145 | 22. 10. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Schindler</p> <p>Schindler trägt Bräutigam die Vorstellungen der DDR zur weiteren Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen nach dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik vor. Er schlägt u. a. vor, Rüstungskonsultationen und weitere Abrüstungsgespräche durchzuführen, die im gemeinsamen Kommuniqué vereinbarten Gespräche und Verhandlungen aufzunehmen sowie offizielle Kontakte zwischen der Volkskammer der DDR und dem Deutschen Bundestag herzustellen.</p> | 601 |
| 146 | 29. 10. 1987 | <p>Vermerk des Ministerialdirigenten Stern über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt</p> <p>Moldt trägt erneut das Interesse der DDR vor, Einvernehmen über den Grenzverlauf der Elbe zu erreichen, dies sei für die Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen von großer politischer Bedeutung. Dafür stellt er u. a. ein Entgegenkommen der DDR im Bereich von Binnenschifffahrt und Sportbootsverkehr sowie Verhandlungen über die Gewässergüte des Flusses in Aussicht. Thema sind des Weiteren, ausgehend vom Fall Würzburg-Suhl, die Entwicklung der Städtepartnerschaften und bevorstehende politische Besuchskontakte.</p> | 604 |

- | | | | |
|-----|--------------|---|-----|
| 147 | 29. 10. 1987 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis</p> <p>Zu den Tagesordnungspunkten gehören: der geplante Stromverbund, die Offenhaltung des Berliner Grenzübergangs Staaken (bei einem Kostenlimit von 10 Mio. DM), mögliche Alternativen für den Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Berlin (West). Bezüglich möglicher Kontakte zwischen Volkskammer der DDR und Deutschem Bundestag soll eine vertrauliche interne Prüfung erfolgen, bevor Sondierungen stattfinden könnten.</p> | 607 |
| 148 | 31. 10. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Schäuble lehnt das Angebot Schalck-Golodkowskis für eine Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken ab. Weitere Themen sind: die informelle Abstimmung über den Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Berlin (West), bevor Verhandlungen geführt werden, die Frage der Elbgrenze sowie der geplante Stromverbund.</p> | 611 |
| 149 | 31. 10. 1987 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Vgl. Nr. 148.</p> | 613 |
| 150 | 6. 11. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet von einem Gespräch mit Otto Reinhold über die Wirkung des SED-SPD-Papiers innerhalb der SED. Das Dokument sei in den Parteigrundorganisationen ausführlich und kritisch diskutiert worden, habe aber die volle Billigung der Parteiführung. Bräutigam kommt zu dem Schluss, die innerparteiliche Kritik an dem Papier habe größere Ausmaße angenommen als von der SED-Führung erwartet und werde durchaus ernst genommen.</p> | 616 |
| 151 | 12. 11. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam unterrichtet das Bundeskanzleramt über die Abstimmung der Kulturprojekte auf Basis des Kulturabkommens für die Jahre 1988 und 1989.</p> | 619 |
| 152 | 17. 11. 1987 | <p>Vorlage des Ministerialdirigenten Jung an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Basierend auf einer Studie des BND zur „psychopolitischen Lage in der DDR“ referiert Jung die Reaktionen der DDR-Bürger auf die mediale Berichterstattung über den Honecker-Besuch, namentlich Einschätzungen zur Tischrede Kohls.</p> | 621 |

- | | | | |
|-----|--------------|---|-----|
| 153 | 17. 11. 1987 | <p>Aufzeichnung des Staatssekretärs der Staatlichen Plankommission im Ministerrat der DDR Klopfer über die Beratung im Politbüro des Zentralkomitees der SED</p> <p>Anlässlich der Entwürfe von Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan 1988 erörtern die Mitglieder des Politbüros rückblickend die insgesamt unbefriedigende Planerfüllung im Jahr 1987. Erwähnt werden ernsthafte Probleme und Rückstände, z. B. bei Bauinvestitionen und in der chemischen Industrie. Angesichts des unausgewogenen Verhältnisses zwischen Import und Export sei eine ausgeglichene Zahlungsbilanz nicht möglich, und die Devisenverschuldung gegenüber dem westlichen Ausland wachse an. Felfe äußert „Sorgen, was die Autorität des Planes betrifft“.</p> | 623 |
| 154 | 23. 11. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Schalck-Golodkowski trägt die Erwartungen vor, welche die DDR mit mehreren anlässlich des Honecker-Besuchs besprochenen Sachfragen verbindet. Schäubles Vorschlag zur Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken lehnt er ab. Forderungen nach weiterer Kompensation für wegen des Reiseverkehrs vermehrte Devisenaufwendungen der DDR weist Schäuble zurück, signalisiert jedoch Bereitschaft, über die Transitauschale zu verhandeln. Weitere Themen sind u. a. das Hotelbauprojekt in Berlin (Ost), der Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Berlin (West) und die Elbgrenze.</p> | 642 |
| 155 | 23. 11. 1987 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Vgl. Nr. 154.</p> | 645 |
| 156 | 23. 11. 1987 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß</p> <p>Schalck-Golodkowski informiert Strauß über die Aktivitäten der DDR zur weiteren „Normalisierung“ der deutsch-deutschen Beziehungen nach dem Honecker-Besuch sowie über sein Gespräch mit Schäuble (Nr. 154 und Nr. 155). Weitere Themen sind die internationale Lage und Abrüstungsfragen. Strauß informiert über seinerseits geplante Reisen in die UdSSR und in Staaten des südlichen Afrika.</p> | 650 |
| 157 | 25. 11. 1987 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Felfe</p> <p>Felfe und Schäuble sehen übereinstimmend eine insgesamt positive Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen und erörtern die Umsetzung der während des Honecker-Besuchs getroffenen Absprachen. Zur Sprache kommen u. a. Abrüstungs- und humanitäre Fragen, die Situation der Grenzübergänge in Berlin und – von Felfe vorgetragen – die für die DDR politisch wichtige Frage der Elbgrenze.</p> | 657 |

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 158 | 26. 11. 1987 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis</p> <p>Vor dem Hintergrund finanzieller Forderungen der DDR und zugleich begrenzter eigener Haushaltsmittel diskutieren die Teilnehmer über eine Sprachregelung bezüglich der absehbaren Schließung des Grenzübergangs Staaken sowie über die Modalitäten der bevorstehenden Sondierungsgespräche zum Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Berlin (West). Weitere Tagesordnungspunkte sind u. a. der geplante Stromverbund, die problematische Einbeziehung von Berlin (West) in einer künftigen Gemischten Wirtschaftskommission, die Herstellung offizieller Kontakte zwischen Volkskammer der DDR und Deutschem Bundestag sowie die Berlin-Initiative Reagans.</p> | 661 |
| 159 | 26. 11. 1987 | <p>Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt</p> <p>Staab berichtet über die Polizeiaktion gegen die Umweltbibliothek in den Räumen der Berliner Zionsgemeinde. Wenngleich eine abschließende Bewertung des Vorgangs nicht möglich sei, schreibt er das harte Durchgreifen dem Einfluss konservativer Kräfte in der SED zu. Dass es nach dem Honecker-Besuch stattfinde, sei „kein Zufall“.</p> | 666 |
| 160 | 27. 11. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Nach Bräutigams Einschätzung ist die innere Lage der DDR stabil, die Führung um Honecker sitze „fest im Sattel“. Allerdings sei die SED vor dem Hintergrund der Reformpolitik in Osteuropa, aber auch durch das SED-SPD-Papier in die ideologische Defensive geraten. Außerdem Sorge die Reise- und Ausreisepolitik für innere Spannungen. Die DDR-Führung reagiere ambivalent, einerseits mit einer großzügigen Reise-, andererseits aber einer verschärften Ausreisepolitik und hartem Vorgehen gegen oppositionelle Kreise.</p> | 670 |
| 161 | 27. 11. 1987 | <p>Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt</p> <p>Ergänzend zu seinem ersten Bericht (Nr. 159) informiert Staab über den weiteren Umfang der Polizeiaktion gegen oppositionelle Gruppen und Personen. Insgesamt seien 21 Festnahmen bekannt geworden. Gleichzeitig sei der Staat bemüht, die Kirche selbst aus den Vorgängen herauszuhalten.</p> | 673 |

CX *Verzeichnis der Dokumente*

162	4. 12. 1987	Vermerk des Ministerialrats Germelmann über das Gespräch des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Glienke Glienke legt Verwahrung gegen einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ein, wonach mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zugleich derjenige der deutschen Staatsangehörigkeit einhergehe. Diese Auffassung verletze die Souveränität der DDR und den Grundlagenvertrag. Duisberg weist den Protest zurück, er stellt seinerseits die bestehende Zuständigkeitsregelung klar, nach der allein das Bundeskanzleramt Anlaufstelle für die Ständige Vertretung der DDR sei, nicht jedoch das Auswärtige Amt.	676
163	8. 12. 1987	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Duisberg informiert über eine Mitteilung der Ständigen Vertretung der DDR, die Öffnung des Grenzübergangs Stolpe werde entsprechend einer Bitte der Bundesregierung auf den 22. Dezember 1987 vorgezogen, der Grenzübergang Staaken werde am 31. Dezember 1987 geschlossen.	679
163A		Anlage	680
164	11. 12. 1987	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble über das Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen Genscher mit den Außenministern Großbritanniens Howe, Frankreichs Raimond und der Vereinigten Staaten von Amerika Shultz Die vier Außenminister beschließen, die Vorschläge der Berlin-Initiative Reagans in einem Aide-mémoire an die UdSSR heranzutragen.	681
165	12. 12. 1987	Vermerk der Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft im Zentralkomitee der SED Rettner macht Lafontaine Vorhaltungen, weil dieser sich kritisch über das polizeiliche Vorgehen der DDR gegen die Umweltbibliothek in den Räumen der Zionskirche geäußert habe. Lafontaine relativiert sein Statement u. a. mit Verweis auf sein „tiefes Vertrauen“ zu Honecker. Zugleich distanziert er sich vom als „Einzelgänger“ bezeichneten SPD-Bundestagsabgeordneten Weißkirchen, dem die Einreise in die DDR verweigert wurde. Laut Rettners Bericht äußerten in weiteren Gesprächen Fuchs, Roth und Schröder, sie wüssten „über die tatsächlichen Zusammenhänge“ um die Zionskirche zu wenig. Zum gemeinsamen Papier von SED und SPD (Nr. 81) sagt Schröder, dieses dürfe „nicht den Epplers allein überlassen“ werden.	683

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 166 | 14. 12. 1987 | <p>Vermerk des Verwaltungsangestellten Ackermann über die deutschlandpolitische Koordinierungsrunde im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen</p> <p>Das Gremium beschließt nach Diskussion, eine regelmäßige, ressortübergreifende deutschlandpolitische Koordinierungsrunde auf Referatsleiterenebene zu etablieren. Erörtert werden Einzelthemen mit Querschnittsbedeutung (Ministerbesuche, Berlin-Politik, abweichende Zuständigkeiten von DDR-Ministerien).</p> | 687 |
| 167 | 14. 12. 1987 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Honecker regt an, nach Unterzeichnung des INF-Vertrages durch Reagan und Gorbatschow weitere Abrüstungsmaßnahmen einzuleiten, namentlich die Abrüstung nuklearer Kurzstreckenraketen und die Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa.</p> | 689 |
| 168 | 17. 12. 1987 | <p>Vorlage des Vortragenden Legationsrats Barker an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Sudhoff über das Gespräch des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle Holik mit dem Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Nier</p> <p>Holik und Nier besprechen verschiedene Vorschläge, die Fischer zuvor zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Abrüstung und Sicherheit an Genscher gerichtet hatte. Behandelt werden auch die konventionelle Rüstungskontrolle, das INF-Abkommen und der Stand der verschiedenen internationalen Abrüstungsverhandlungen.</p> | 692 |
| 169 | 22. 12. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Laut Bericht Bräutigams gerate die Kirche wegen der Polizeiaktion gegen die Umweltbibliothek in das Spannungsfeld zwischen Staat und oppositionellen Gruppen. Die Kirchenleitung versuche jedoch einen „Mittelweg“ zu finden zwischen Widerstand und Anpassung. Eine Studienkommission solle sich mit den „Fragen und Ergebnissen“ der bisherigen Beziehungen zwischen Kirche und Staat befassen.</p> | 695 |
| 170 | 23. 12. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet, die DDR habe die Berliner Mauer unmittelbar vor dem Brandenburger Tor erhöht. Dadurch werde die abgrenzende Bedeutung der Mauer innen- wie außenpolitisch unterstrichen.</p> | 696 |
| 171 | 29. 12. 1987 | <p>Vorlage des Ministerialrats Germelmann an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Germelmann analysiert einen im Neuen Deutschland nachgedruckten Kommentar der sowjetischen Zeitschrift Krasnaja Swesda zur deutschen Frage und zur Berliner Mauer, in dem die bekannte Position der DDR pointiert bekräftigt werde. Er sieht darin Hinweise auf die defensive Position der DDR verbunden mit dem Bedürfnis, Spekulationen über ein neues deutschlandpolitisches Konzept der Sowjetunion entgegenzutreten.</p> | 698 |

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 172 | 29. 12. 1987 | <p>Information der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe im Ministerium für Staatsicherheit der DDR</p> <p>Laut Bericht der ZAIG reagierten breite Kreise der Bevölkerung auf zunehmende Versorgungsprobleme und Qualitätsmängel verfügbarer Konsumgüter mit Unmut und wachsendem Unverständnis. Partei- und Gewerkschaftsfunktionären falle es einerseits immer schwerer, dieser Kritik mit Argumenten zu begegnen, während andererseits die Motivation der Werktätigen nachlasse und sich Resignation breitmache.</p> | 699 |
| 173 | 30. 12. 1987 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Rückblickend bewertet Bräutigam Aufwand und Ertrag der 750-Jahr-Feierlichkeiten in Berlin (Ost). Trotz geschickter Jubiläumspolitik habe die „Hauptstadt der DDR“ keinen nennenswerten Zuwachs an internationaler Anerkennung gewinnen können, und innenpolitisch sei die abermalige Bevorzugung von Berlin (Ost), namentlich die Konzentration auf dortige Baumaßnahmen, zu Lasten des Rests der Republik gegangen.</p> | 703 |
| 174 | ohne Datum | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Vor dem Hintergrund von dessen letzter Moskau-Reise schildert Schalck-Golodkowski Strauß als äußerst einflussreichen Politiker; er habe vielfältige Beziehungen zu Wirtschaftskonzernen und bestimme auch maßgeblich die Außenpolitik der Bundesregierung mit. Schalck-Golodkowski plädiert für eine Weiterführung seines Kontaktes zu Strauß, damit auch die „Interessen der DDR“ in der weiteren Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen berücksichtigt würden.</p> | 708 |
| 175 | 11. 1. 1988 | <p>Vorlage des Ministerialdirigenten Stern an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Stern informiert, die Verhandlungen auf kommerzieller Ebene über eine energiewirtschaftliche Zusammenarbeit mit der DDR stünden unmittelbar vor der Paraphierung, die Unterzeichnung der Verträge sei für Ende März 1988 vorgesehen. Zunächst werde von Helmstedt aus bis Juni 1990 eine Doppelleitung in den Raum Magdeburg geführt, bis September 1992 solle Berlin (West) angebunden werden. Stromlieferungen nach Berlin (West) seien durch Garantien abgesichert.</p> | 713 |
| 176 | 14. 1. 1988 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Wie im vorherigen Gespräch (Nr. 154 und Nr. 155) verweist Schalck-Golodkowski auf die wirtschaftlichen und Devisenschwierigkeiten der DDR. Schäuble deutet Bereitschaft an, über die Erneuerung der Transitschale zu verhandeln. Weitere Themen sind u. a. die Bildung einer Gemischten Wirtschafts- sowie der WTZ-Kommission, Sondierungen über den Ausbau der Eisenbahnstrecke nach Berlin (West), der schleppende Fortgang des Hotelbau-Projekts in Berlin (Ost), ein Airbus-Geschäft und humanitäre Einzelfälle.</p> | 715 |

- | | | | |
|-----|-------------|--|-----|
| 177 | 14. 1. 1988 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Vgl. Nr. 176.</p> | 718 |
| 178 | 15. 1. 1988 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß</p> <p>Schalck-Golodkowski trägt die Erwartung vor, dass Strauß sich für die Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen „unter Beachtung der Interessenlage beider Seiten“ einsetzt, und beklagt, dass seit dem Honecker-Besuch kaum positive Verhandlungsergebnisse erzielt worden seien. Er thematisiert auch den Sachstand des Airbus-Geschäfts. Strauß informiert seinerseits über seine jüngst in der UdSSR geführten Gespräche, in denen Abrüstungsfragen, die friedliche Nutzung der Atomenergie nach der Katastrophe von Tschernobyl und die Vereinbarung wirtschaftlicher Joint-ventures Gegenstand waren.</p> | 727 |
| 179 | 19. 1. 1988 | <p>Aufzeichnung des Staatssekretärs der Staatlichen Plankommission im Ministerrat der DDR Klopfer über die Beratung im Politbüro des Zentralkomitees der SED</p> <p>Klopfer dokumentiert die Beratungen des Politbüros anlässlich einer Vorlage des Ministers für Leichtindustrie über die fehlende Versorgung der Bevölkerung mit Kinderhosen. Verantwortlich für den Mangel sei neben Fehlplanungen in der Produktion der hohe Exportanteil, der durch Importe aus China nicht kompensiert werden könne. Bei der Preisgestaltung für importierte Hosen sei auch der Devisenbedarf zu berücksichtigen.</p> | 733 |
| 180 | 20. 1. 1988 | <p>Protokoll über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Axen mit den Sekretären des Zentralkomitees der KPdSU Dobrynin und Medwedew</p> <p>Ausgehend von einer von DDR-Seite vorgelegten Analyse lehnen die Delegationen von SED und KPdSU die mit der Berlin-Initiative Reagan sowie einem Aide- mémoire der Westmächte verbundenen Vorschläge ab. Grundlage für die weitere Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Berlin (West) bleibe das Vierseitige Abkommen. Gleichfalls unterstützt die Sowjetseite die Zusammenarbeit zwischen SED und SPD in Abrüstungsfragen. Im Zusammenhang mit einer Publikation in der Neuen Zeit erhebt Axen den Vorwurf, der sowjetische Dramatiker Schatrow verfälsche die Geschichte von Oktoberrevolution und Sowjetunion. Demgegenüber hält Medwedew an der Notwendigkeit einer öffentlichen Diskussion fest.</p> | 738 |
| 181 | 21. 1. 1988 | <p>Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Laut Duisberg reagierte die DDR-Führung mit harten Maßnahmen auf Demonstrationen, die im Zusammenhang mit der offiziellen Gedenkveranstaltung für die ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar 1988 in Berlin (Ost) stattfanden. Einer wohl verunsicherten DDR-Führung sei zu verstehen zu geben, dass repressive Maßnahmen im Innern Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen hätten.</p> | 753 |

182	ohne Datum	Information des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend Laut Einschätzung des Zentralrats der FDJ versuchten die „Feinde des Sozialismus“ die Jugendlichen in der DDR mittels westlicher Medien ideologisch zu beeinflussen; zu den Auswirkungen der „Diversions“ gehörten antisozialistische Einstellungen, aber auch die Bildung von Subkulturen wie Punks und anderen. Mit vielfältigen Maßnahmen wolle die FDJ gegen entsprechende Gruppen vorgehen und für die ideologische Festigung der Jugendlichen sorgen.	755
183	29. 1. 1988	Information der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft im Zentralkomitee der SED Die Information analysiert die touristischen Aktivitäten politisch motivierter Reisegruppen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in der DDR im Jahr 1987. Bei der Planung des Aufenthaltes seien u. a. Wünsche nach politischen Gesprächen gründlich zu prüfen.	763
184	3. 2. 1988	Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Schindler Laut Bericht der StäV legte Staab Verwahrung gegen einen im Neuen Deutschland abgedruckten Kommentar ein, der in der DDR akkreditierten bundesdeutschen Journalisten Spitzeldienste unterstellte. In seiner Entgegnung habe Schindler den Journalisten eine „Hetzkampagne“ gegen die DDR vorgeworfen, an einer weiteren Eskalation sei er aber nicht interessiert gewesen.	767
185	4. 2. 1988	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März März informiert Schalck-Golodkowski vertraulich über seinen Kontakt zu Kohl und Strauß und deren deutschlandpolitische Einschätzungen. Unter anderem übergibt er ein handschriftliches Schreiben Kohls, in dem dieser ein Ausreiseanliegen unterstützt.	769
186	10. 2. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam analysiert und bewertet das staatliche Vorgehen gegen Oppositionelle nach der Demonstration am Rande der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (Nr. 181). Die Abschiebung führender Oppositioneller in die Bundesrepublik sei allenfalls ein „Pyrrhus-Sieg“ der DDR-Führung. Vermutlich habe sich Honecker mit einem mäßigen Kurs durchsetzen können. Gestärkt sei die Rolle der Kirche, die mit Geschick zum Einlenken des Staates beigetragen habe.	770

187	12. 2. 1988	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl Duisberg fasst die Ergebnisse der Begegnung des Regierenden Bürgermeisters Diepgen mit Honecker zusammen. Dieser habe wider Erwarten etliche Verbesserungen der Situation von Berlin (West) zugesagt, namentlich die Einführung der Zwei-Tages-Besucherregelung. Mit der gegenwärtig entgegenkommenden Politik seien Chancen verbunden, aber auch Risiken, zumal die DDR versuche, „Sonderbeziehungen“ zu Berlin (West) zu entwickeln.	774
187A		Anlage Von Honecker an Diepgen übergebene Liste mit Vorschlägen der DDR zur Verbesserung des Verhältnisses zu Berlin (West).	778
187B		Anlage Mitteilung der DDR über die Einführung der Zwei-Tages-Besucherregelung für Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) bei Einreisen nach Berlin (Ost).	781
188	15. 2. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam berichtet über den ökumenischen Gottesdienst aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Die Polizei habe auf die anschließende Demonstration Oppositioneller mit spürbarer Zurückhaltung reagiert.	782
189	18. 2. 1988	Vorlage des Ministerialrats Germelmann an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Laut Germelmans Analyse der Rede Honeckers vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen der SED gingen dessen allgemein-politische Ausführungen auf die drängenden innenpolitischen Fragen gar nicht oder nur vorsichtig ein und blieben damit ohne konkrete Argumentationshilfen. Neben bekannten Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik habe Honecker die wachsende Devisenbelastung im Reiseverkehr „mit drohendem Unterton“ angesprochen. Seine Aussagen zur Menschenrechtsdiskussion seien „abstrakt“ geblieben, zur Ausreiseproblematik sagte er kein Wort. Die sowjetische Reformdiskussion habe er distanziert abgehandelt.	784
190	25. 2. 1988	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl Duisberg resümiert die Entwicklung der inneren Lage der DDR nach der Demonstration am Rande der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Anzunehmen sei, dass Honecker selbst einen gemäßigten anstelle eines zunächst harten Kurses gegenüber den Oppositionellen durchgesetzt habe; das Einlenken des Staates möglich gemacht habe jedoch das behutsame Wirken der evangelischen Kirche. Die DDR-Führung reagiere auf die Vorgänge, die die Reformbedürftigkeit des Systems und die Ausreiseproblematik ins öffentliche Bewusstsein gebracht hätten, mit einer „Doppelstrategie“ von kontrollierter Reisepolitik und ideologischer Abgrenzung.	787

- | | | | |
|-----|-------------|---|-----|
| 191 | 5. 3. 1988 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt | 791 |
| | | Wie Bräutigam berichtet, sprach Bischof Leich in einem von ihm erbetenen Gespräch mit Honecker wesentliche innere Probleme an, u. a. den bevormundenden Umgang mit Bürgern beim Reiseverkehr und in der staatlichen Informationspolitik. Stattdessen bräuchten sie Signale für ihre „Zukunftserwartungen“. Bräutigam sieht in dem Gespräch ein Zeichen dafür, dass der Staat trotz eines gegenwärtigen Drucks auf die Kirchen an einer Entspannung im Verhältnis zu ihnen interessiert sei. | |
| 192 | 7. 3. 1988 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt | 796 |
| | | Im Zusammenhang mit der Berichterstattung über oppositionelle Aktivitäten erheben DDR-Stellen Vorwürfe gegen bundesdeutsche Journalisten in der DDR, namentlich Einmischung in innere Angelegenheiten und eine aggressive sowie entstellende Berichterstattung, z. T. auch über inszenierte Anlässe. Bräutigam sieht darin eine Verschlechterung der praktischen Arbeitsbedingungen, die DDR-Führung versuche Kontrolle zurückzugewinnen und den „Störfaktor westliches Fernsehen“ zu relativieren. | |
| 193 | 10. 3. 1988 | Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl | 798 |
| | | Laut Duisbergs Vorlage ist die Ausreiseproblematik zu einer erheblichen innenpolitischen Belastung für die DDR geworden: Die genehmigten Ausreisen seien gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen, der auch öffentlich artikulierte Druck Übersiedlungswilliger habe jedoch zugenommen. Qualifizierte Berufsgruppen wie Ärzte erhielten keine Ausreisegenehmigung, unbearbeitete Anträge hätten sich seit Jahren aufgestaut. | |
| 194 | 11. 3. 1988 | Vorlage des Ministerialdirigenten Stern an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble | 801 |
| | | Stern informiert über die Entwicklung des innerdeutschen Handels im Jahr 1987. Dessen Volumen habe zwar abgenommen, ein Teil des Rückgangs sei jedoch mit einer Verlagerung auf Dreiecksgeschäfte zu erklären. Die schwache Entwicklung spiegele die strukturellen Probleme der DDR-Wirtschaft wider. | |
| 195 | 13. 3. 1988 | Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Rau mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker | 803 |
| | | Duisberg hebt aus dem Gespräch von Rau mit Honecker u. a. dessen Aussagen zum Reise- und Besucherverkehr, zur Elbgrænze und zur inneren Lage der DDR („stabil und dynamisch“) hervor. Zu den Reformen Gorbatschows habe Honecker ausgeführt, „daß jedes sozialistische Land entsprechend seinen Bedingungen den Sozialismus aufbaue.“ | |

- | | | | |
|-----|-------------|---|-----|
| 196 | 18. 3. 1988 | <p>Vermerk des Referates IV 1 des Bundesministeriums für Wirtschaft über das Gespräch des Staatssekretärs von Würzen mit dem Minister für Außenhandel der DDR Beil</p> <p>Von Würzen spricht den Umsatzrückgang im innerdeutschen Handel an, für den Strukturprobleme der DDR ursächlich seien. Er weist auf Kooperationen zur Steigerung der Produktqualität und Wettbewerbsfähigkeit hin wie auch auf den Ausbau des Tourismus und sieht Chancen in Energie- und Umweltprojekten. Beil verweist auf Käufe der DDR im Bereich Maschinenbau und neu vereinbarte Gestattungsproduktionen. Diskutiert wird über konkrete Umweltprojekte und das Problem der sog. Dreiecksgeschäfte.</p> | 805 |
| 197 | 21. 3. 1988 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel</p> <p>Duisberg und Seidel erörtern den Sachstand einzelner bilateraler Vorhaben. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Konstituierung der WTZ-Kommission verweist Seidel auf den fehlenden „Bewegungsspielraum“ der DDR in der Frage der Teilnahme eines Berliner Mitglieds; in ähnlicher Weise sei mit Einwänden der Sowjetunion bezüglich Berlin als möglicher Tagungsort einer künftigen Gemischten Wirtschaftskommission zu rechnen.</p> | 811 |
| 198 | 23. 3. 1988 | <p>Schreiben von Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Kohl antwortet auf das Schreiben Honeckers vom 14. Dezember 1987 (Nr. 167) und erläutert seine Sicht auf den Stand der internationalen Abrüstungsverhandlungen.</p> | 815 |
| 199 | 24. 3. 1988 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet, die Sicherheitsbehörden der DDR würden zuletzt geübte Rücksichten fallen lassen, Repressionsmaßnahmen gegen Personen, die öffentlich für ihr Ausreiseanliegen demonstrierten, nähmen zu. Er wertet dies als „Ratlosigkeit“ der DDR-Führung, der es allerdings nicht gelinge, das Ausreiseproblem durch Repression in den Griff zu bekommen.</p> | 817 |
| 200 | 28. 3. 1988 | <p>Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Krenz mit dem Botschafter der UdSSR in der DDR Kotschemassow</p> <p>Kotschemassow informiert Krenz über den Reformprozess in der UdSSR, dieser berühre auch das Nationalitätenproblem in Armenien und Aserbaidschan. Krenz beschwert sich über Inhalt und Verlauf der Sendung „Fernsehbrücke Bonn–Moskau“; die Vertreter der UdSSR hätten sich schlecht präsentiert, außerdem sei die deutsche Frage in unangemessener Weise behandelt worden.</p> | 820 |

201	11. 4. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam analysiert die Gründe für die mittlerweile restriktiv ausgerichtete Reisepolitik der DDR. Die bisher großzügige Besuchspraxis habe den DDR-Bürgern vergleichende Eindrücke ermöglicht, welche die Kritik an den Zuständen in der DDR noch verschärft hätten.	826
202	13. 4. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Krenz Kritische Bemerkungen Bräutigams über zunehmende Restriktionen sowie das Vorgehen gegen ausreisewillige DDR-Bürger weist Krenz zurück. Er macht westliche Medien für das Problem verantwortlich, die Entscheidung über Ausreiseanträge sei allein Sache der DDR. Weitere Themen sind neben sicherheitspolitischen Fragen die Städtepartnerschaft zwischen Bonn und Potsdam sowie der Sportverkehr.	828
203	14. 4. 1988	Information der Abteilung für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED Aus Sicht der Abteilung für Sicherheitsfragen konnten weder die restriktive Genehmigung von Übersiedlungen noch erweiterte Reisemöglichkeiten den Ausreisedruck reduzieren. Festgestellt wird ein hoher Anteil von jungen und hoch qualifizierten Personen an den gestellten Übersiedlungersuchen. Die Bezirks- und Kreisleitungen der SED hätten daher Maßnahmen beschlossen, damit Partei und gesellschaftliche Organisationen mit Hilfe offensiver ideologischer Arbeit den Übersiedlungsabsichten entgegenwirken.	832
204	19. 4. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg Forck und dem Konsistorialpräsidenten der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg Stolpe Auf Bitten Bräutigams legen Forck und Stolpe ihre Sicht auf die Ausreiseproblematik dar. Wenngleich die Gründe für das Verlassen der DDR in erster Linie in den dortigen Verhältnissen zu suchen seien, trüge auch die Bundesrepublik mit Blick auf eine neubelebte Wiedervereinigungsdiskussion „indirekte Mitverantwortung“. Bräutigam bekräftigt die Position der Bundesregierung, die keine Abwanderung aus der DDR verursachen, aber Härtefälle lösen und Freizügigkeit fördern wolle.	837
205	21. 4. 1988	Vermerk der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft im Zentralkomitee der SED Gegenstand des Gesprächs von Glotz und Axen sind neben abrüstungs- und sicherheitspolitischen Fragen die gegenwärtige Konstellation der Parteien in der Bundesrepublik sowie die Beziehungen zwischen SED und SPD. Glotz setzt sich außerdem im Auftrag des SPD-Präsidiums dafür ein, dass Eppler und Bahr zum Erfurter Kirchentag in die DDR einreisen dürfen.	839

205A	Anlage	844
	Im Gespräch mit Rettner erläutert Glotz – trotz der grundsätzlich positiven Haltung des Parteirates – kontroverse SPD-interne Diskussionen über das gemeinsame Papier von SPD und SED. Ausgelöst habe sie das Vorgehen der DDR gegen oppositionelle Demonstranten anlässlich der Gedenkveranstaltung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie gegen den Bundestagsabgeordneten Weißkirchen.	
206	21. 4. 1988	846
	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl über das Gespräch des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker	
	Laut Zusammenfassung Duisbergs besprachen Honecker und Vogel Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie den Stand der innerdeutschen Beziehungen (Reiseverkehr, Städtepartnerschaften, Elbgrenze). Die innenpolitische Lage beurteile Honecker als „stabil und dynamisch“.	
207	26. 4. 1988	848
	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt	
	Laut Bräutigam sei die innere Lage in der DDR im Frühjahr 1988 durch ein „ungewohnt hohes Maß von Ungewissheit, Unsicherheit, nervöser Spannung und teilweise auch tiefen Pessimismus“ gekennzeichnet. Verantwortlich dafür seien restriktive Reaktionen des Staates auf ungelöste Probleme, u. a. bei Ausreisen und im Verhältnis zu Kirchen. Insgesamt fehle der alt gewordenen Führung die Kraft zu Reformen. Ob und wann ein Generationenwechsel stattfinden könne, sei ungewiss.	
208	27. 4. 1988	853
	Bericht der Sekretärin für Frauenfragen des Zentralkomitees der SED Lange über das Gespräch mit der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit Süßmuth	
	Lange und Süßmuth tauschen sich aus über die Rolle von Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft sowie über die daraus folgenden Aufgaben von Frauen- und Familienpolitik.	
209	29. 4. 1988	855
	Protokoll über das Gespräch des Vorsitzenden der SPD Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker	
	Neben dem Stand der internationalen Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit von SPD und SED erörtern Honecker und Vogel umfassend die aktuelle Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen. Honecker thematisiert u. a. die weiterhin ungeklärten Fragen bezüglich der Elbgrenze und der Aufnahme von Kontakten zwischen Deutschem Bundestag und Volkskammer der DDR. Vogel seinerseits empfiehlt anstelle staatlicher Maßnahmen Dialogbereitschaft im Umgang mit Demonstranten und würdigt die innenpolitischen Reformen in der Sowjetunion.	

- | | | | |
|------|------------|---|-----|
| 210 | 2. 5. 1988 | <p>Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Duisberg informiert Kohl über die Gespräche von Volker Rühle mit Honecker, Axen und Fischer am 28. April sowie von H.-J. Vogel mit Honecker am 29. April 1988. Neben Abrüstungsfragen habe Rühle mit seinen Gesprächspartnern wesentliche bilaterale Fragen erörtert (Reiseverkehr, Schießbefehl, Ausreiseproblematik, Elbgrenze, Parlamentskontakte). Zum Gespräch von Vogel vgl. Nr. 209.</p> | 870 |
| 211 | 3. 5. 1988 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet über den Besuch von Bundesministerin Süssmuth in Berlin (Ost), ihm sei aus DDR-Perspektive ein hoher Stellenwert zugekommen. Gesprochen habe sie mit Minister Mecklinger über die bisherige Zusammenarbeit auf Grundlage des Gesundheitsabkommens, die Kooperation beim Thema AIDS und eine verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der WHO. Zudem habe Süssmuth Gespräche mit Stoph v. a. über Grundfragen der Gesundheitspolitik sowie mit Lange und Thiele über die Situation der Frauen in der Bundesrepublik sowie der DDR geführt (vgl. Nr. 208); in der StäV habe sie vor hochrangigem Publikum einen Vortrag gehalten.</p> | 873 |
| 211A | | <p>Anlage</p> <p>Pressemitteilung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit über das Gespräch Süssmuths mit Mecklinger.</p> | 877 |
| 212 | 5. 5. 1988 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Kernpunkt des Gespräches ist neben weiteren Themen (u. a. Zeitschriftenbezug, WTZ- und Wirtschaftskommission, Airbus-Geschäft) die Neufestsetzung der Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999: Anknüpfend an Bemerkungen über den Valutabedarf im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr unterbreitet Schalck-Golodkowski Vorstellungen der DDR. Schäuble hält diese Forderungen für „außerordentlich“ hoch und weist seinerseits den Versuch zurück, über ein Junktim zwischen Elbgrenze und grenznahem Verkehr Druck auf die Bundesregierung auszuüben.</p> | 879 |
| 213 | 5. 5. 1988 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble</p> <p>Vgl. Nr. 212.</p> | 881 |

214	5. 5. 1988	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß Schalck-Golodkowski trägt den Sachstand zu den zuvor mit Schäuble besprochenen bilateralen Themen (Nr. 212 und Nr. 213) vor, er verbindet damit die Erwartung, dass die „Interessenlage der DDR“ gebührend berücksichtigt werde. Strauß informiert seinerseits über eine deutschlandpolitische Strategiediskussion in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und kommentiert die bundesdeutsche Parteienlandschaft mit Blick auf die Bundestagswahl 1990.	887
215	6. 5. 1988	Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl Duisberg betrachtet die „Machtstrukturen der DDR“ nach wie vor als stabil, allerdings verstärkten sich die Anzeichen einer Umbruchphase. Die Distanz zwischen Staatsführung und Bevölkerung sei „so groß wie lange nicht mehr“, denn der „alternden Führungsmannschaft“ falle es schwer, auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren. Größte innenpolitische Belastung sei die Ausreisebewegung. Seit Anfang des Jahres würden Übersiedlungswünsche zunehmend öffentlich geäußert, der Staat habe noch kein Konzept entwickelt, damit umzugehen.	892
216	6. 5. 1988	Vorlage des Ministerialdirigenten Stern an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Schindler Stern berichtet, er habe mit Schindler u. a. über die Ausreiseproblematik, die Bildung der WTZ-Kommission, die Aufnahme von Kontakten zwischen Deutschem Bundestag und Volkskammer der DDR sowie die Finanzierung des Reiseverkehrs gesprochen.	895
217	10. 5. 1988	Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der SED Laut einer Information für das Politbüro (Nr. 217A) soll in das Abschlussdokument der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz ein Abschnitt zu rechtlichen Verfahren bei Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten aufgenommen werden. Um das Risiko einer Isolierung der DDR, das mit einer ablehnenden Haltung verbunden wäre, abzuwenden, fasst das Politbüro entsprechende Beschlüsse einschließlich einer ergänzenden Direktive (Nr. 217B).	900
217A		Anlage	901
217B		Anlage	904

- | | | | |
|---|-------------|--|-----|
| 218 | 16. 5. 1988 | Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt | 905 |
| <p>Geringes Wachstum im Jahr 1987 kennzeichnet laut Staab die wirtschaftliche Lage der DDR, auch 1988 habe sich an den Ursachen dafür nichts geändert (mangelnde Modernisierung, fehlende Investitionen, Außenhandelsdefizit u. a. wegen Energie- und Rohstoffbezug aus der UdSSR). Die innere Lage sei stabil, eine nennenswerte organisierte Opposition gebe es nicht. Die Stimmung in der Bevölkerung sei nach dem Honecker-Besuch gesunken, Kernproblem sei die Ausreisefrage. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen sei insgesamt positiv.</p> | | | |
| 219 | 18. 5. 1988 | Vermerk des Bundesbankdirektors Plassmann über das Gespräch des Präsidenten der Deutschen Bundesbank Pöhl mit dem Präsidenten der Staatsbank und Mitglied des Ministerrates der DDR Kaminsky | 913 |
| <p>Pöhl und Kaminsky sprechen u. a. über die Fortführung des Sperrgut-habentransfers sowie über die Devisensituation der DDR. Auf Fragen Pöhls erklärt Kaminsky, die DDR habe nicht die Absicht, der Weltbank oder dem IWF beizutreten, auch beabsichtige sie nicht, in nächster Zeit eine Anleihe an den internationalen Finanzmärkten zu platzieren. Thema sind außerdem mögliche Auswirkungen des künftigen europäischen Binnenmarkts auf den innerdeutschen Handel.</p> | | | |
| 220 | 25. 5. 1988 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt | 917 |
| <p>Bräutigam berichtet, Bundesminister Möllemann habe anlässlich seines Besuches in der DDR mit Minister Böhme u. a. über Hochschulpartnerschaften und den Austausch von Studierenden wie Wissenschaftlern gesprochen. Außerdem sei er mit Ministerin Honecker und Politbüro-mitglied Hager zusammengetroffen.</p> | | | |
| 221 | 28. 5. 1988 | Information des Ministers für Staatssicherheit der DDR Mielke | 921 |
| <p>Mielke informiert über den Ablauf der Privatreise Kohls in die DDR. Am ersten Tag habe er Gotha, Erfurt und Weimar besucht und sei dabei „jovial und kontaktfreudig“ aufgetreten, ohne eine besondere Öffentlichkeitswirksamkeit zu erzielen.</p> | | | |
| 222 | 29. 5. 1988 | Information des Ministers für Staatssicherheit der DDR Mielke | 924 |
| <p>Laut Mielkes Bericht habe Kohl den zweiten Tag seiner Privatreise in Dresden verbracht und dort ein Fußballspiel sowie eine Aufführung des „Tannhäuser“ in der Semperoper besucht.</p> | | | |

- | | | | |
|-----|-------------|--|-----|
| 223 | 30. 5. 1988 | Information des Ministers für Staatssicherheit der DDR
Mielke | 926 |
| | | Laut Mielkes Bericht habe Kohl am dritten Tag seiner Privatreise nach einer morgendlichen Besichtigung der Dresdner Hofkirche die Rückreise angetreten. Bei einem Zwischenaufenthalt in Saalfeld sei er u. a. von drei „namentlich bekannten“ DDR-Bürgern angesprochen worden, die in die Bundesrepublik übersiedeln wollten. Insgesamt habe Kohl während seines Aufenthaltes bei den Bürgern „nur wenig Beachtung“ gefunden. | |
| 224 | 2. 6. 1988 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR Moldt an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR | 928 |
| | | Moldt teilt mit, er habe anlässlich der Beendigung seiner Tätigkeit als Leiter der Ständigen Vertretung der DDR einen Cocktail-Empfang gegeben, der Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen geboten habe. | |
| 225 | 6. 6. 1988 | Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski | 931 |
| | | Ausgehend von der Feststellung, dass in der Transitpauschale bereits bisher „politische Preiselemente“ enthalten gewesen seien, zeigt Schäuble Entgegenkommen bei ihrer Neufestsetzung für die Jahre 1990 bis 1999. Als Gegenleistung erwartet er entsprechende Zusicherungen u. a. im Reise- und Besuchsverkehr sowie Verhandlungen über die Reduzierung der Verschmutzung der Elbe. | |
| 226 | 6. 6. 1988 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble | 933 |
| | | Vgl. Nr. 225. | |
| 227 | 7. 6. 1988 | Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt | 936 |
| | | Staab berichtet über ein Gespräch Honeckers mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Galinski. Themen seien u. a. das Gedenken an den 50. Jahrestag der Reichspogromnacht, der Wiederaufbau der Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße, die Pflege des Friedhofs Weißensee und Entschädigungszahlungen der DDR an jüdische NS-Opfer gewesen. Galinski habe seinerseits um eine ausgewogene Berichterstattung zum Konflikt Israels mit den Palästinensern gebeten. Das Gespräch steht laut Staabs Einschätzung für Honeckers Bemühen, ein konstruktives Verhältnis zu jüdischen Organisationen zu erreichen, trotz aller Unterschiede analog wie zu den christlichen Kirchen. | |

- 228 8. 6. 1988 Vorlage des Verwaltungsangestellten Ackermann an die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Wilms 940
Ackermann informiert zusammenfassend über kulturelle Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaften (in den Jahren 1986 bis 1988 145 Projekte).
- 229 9. 6. 1988 Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Axen mit dem Botschafter der Sowjetunion in der DDR Kotschemassow 943
Im Auftrag des Politbüros bittet Axen einer von der Zeitung Die Welt verbreiteten Aussage des Abteilungsleiters in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Daschitschew entgegenzutreten. Dieser habe geäußert, die Berliner Mauer müsse als Relikt des Kalten Krieges „mit der Zeit verschwinden“, und greife damit die Souveränität und die Sicherheitsinteressen der DDR an. Kotschemassow sagt eine Überprüfung des Sachverhalts zu. In jedem Fall entsprächen derartige Äußerungen nicht der Haltung der KPdSU oder Gorbatschows, die Souveränität der DDR werde nicht infrage gestellt.
- 230 10. 6. 1988 Protokoll des Ministerialdirigenten Stern über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, der Vereinigten Staaten von Amerika Burt und Großbritanniens Mallaby in der Bundesrepublik Deutschland 946
Schäuble informiert die Botschafter über den Stand der innerdeutschen Beziehungen (Reiseverkehr, Ausreiseproblematik, Transitpauschale). Bezüglich der Erweiterung des Flugverkehrs nach Berlin bittet er um eine baldige einvernehmliche Regelung.
- 231 13. 6. 1988 Vermerk des Oberregierungsrats im Bundesministerium für Wirtschaft Müller 949
Müller legt den aktuellen Stand der Verhandlungen über den Verkauf zweier Airbus-Flugzeuge an die DDR-Fluggesellschaft Interflug dar.
- 232 16. 6. 1988 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 951
Schäuble hält die von Schalck-Golodkowski übergebenen Vorstellungen der DDR zur Neufestsetzung der Transitpauschale für annehmbar, verknüpft damit aber zwei Forderungen: den Fortgang der positiven Entwicklung im Reiseverkehr und die Aufnahme von Gesprächen über die Reinhaltung der Elbe im Jahr 1989.

233	16. 6. 1988	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Schalck-Golodkowski trägt vor, die zuletzt am 6. Juni (Nr. 225 und Nr. 226) besprochene Verknüpfung der Neufestsetzung der Transitzuschüsse mit anderen politischen Fragen, namentlich der Elbgrünze, hätten bei der DDR-Führung für Verstimmung gesorgt. Schäuble bestreitet den Eindruck, die Bundesregierung wolle der DDR Zugeständnisse „abkaufen“. In der Sache bleibt er jedoch hart, denn die Bundesregierung müsse den hohen finanziellen Aufwand politisch rechtfertigen.	952
234	20. 6. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam berichtet über die Behinderung bundesdeutscher Journalisten in der DDR anlässlich der Berichterstattung über ein Popkonzert in Berlin (West). Die Ständige Vertretung habe gegen das Vorgehen der DDR protestiert.	956
235	20. 6. 1988	Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Neubauer Duisberg informiert über den Antrittsbesuch des neuen Leiters der Ständigen Vertretung der DDR Neubauer. Neben Protokollfragen sei über den gesamten Bereich der innerdeutschen Beziehungen gesprochen worden. Er habe auch die jüngsten Behinderungen von bundesdeutschen Journalisten in Berlin (Ost) angesprochen (Nr. 234).	958
236	21. 6. 1988	Vorlage des Regierungsdirektors Homann an den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft von Würzen Laut Homanns Analyse werde das Kreditrisiko der DDR angesichts der kaum veränderten Verschuldungslage bei westlichen Banken immer noch als gut betrachtet, infolge der angespannten Wirtschaftslage sei jedoch künftig mit einer vorsichtigeren Bewertung zu rechnen.	960
236A		Anlage Aufzeichnung zur Devisenverschuldung der DDR.	961
237	22. 6. 1988	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam berichtet über die in Berlin (Ost) ausgerichtete internationale Konferenz für kernwaffenfreie Zonen. Sie sei zwar als propagandistischer Erfolg der DDR zu bewerten, inhaltliche Impulse seien von ihr jedoch nicht ausgegangen.	963
238	24. 6. 1988	Vorlage des Ministerialdirigenten Stern an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble Stern informiert über die Ergebnisse der Verhandlungen Rehlingers mit Rechtsanwalt Vogel über Verbesserungen beim Genex-Geschenkdienst.	967

- 239 27. 6. 1988 Vorlage des Ministerialdirektors Winter an den Bundesminister für Verkehr Warnke 970
Nachdem die Alliierten eine Einigung über die Ausweitung des Luftverkehrs von und nach Berlin (West) erzielt haben, informiert Winter über das erweiterte Flugangebot.
- 240 30. 6. 1988 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, Großbritanniens Mallaby und dem Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika Dobbins in der Bundesrepublik Deutschland 971
Neben der Ausweitung des Flugverkehrs von und nach Berlin (West) und den damit verbundenen Folgen sind die Entwicklungen in der DDR Thema des Gesprächs, namentlich das Ausreiseproblem. Schäuble verweist auf die „Gratwanderung“ der Deutschlandpolitik, auf Veränderungen hinzuwirken, ohne die DDR zu destabilisieren.
- 241 1. 7. 1988 Vermerk des Leiters des Grundsatzreferats der Senatskanzlei des Landes Berlin de Maizière über das Gespräch des Regierenden Bürgermeisters Diepgen mit dem Bischof von Berlin und Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz Kardinal Meisner 974
Diepgen und Meisner sprechen über einen möglichen Besuch des Papstes im Bistum Berlin im Jahr 1991. Sie erörtern die Ausgestaltung des Besuchsprogramms unter Berücksichtigung der Statusfragen der Stadt.
- 242 6. 7. 1988 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis 979
Tagesordnungspunkte sind die Verhandlungen mit der DDR zur Werra-Entscheidung, das Ergebnis der Sondierungsgespräche zum Ausbau der Eisenbahnstrecke Berlin (West)–Hannover, die Subventionierung von Umweltprojekten in der DDR und der Wiederaufbau der Neuen Synagoge in Berlin (Ost).
- 243 14. 7. 1988 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam und des Ministerialdirektors im Bundesministerium für Umwelt Herfeldt über die Gespräche des Bundesministers für Umwelt Töpfer mit dem Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR Reichelt 985
Töpfer und Reichelt sprechen umfassend über die weitere Zusammenarbeit auf Grundlage des Umweltabkommens. Im Vordergrund stehen v. a. Projekte auf den Gebieten des Gewässerschutzes und der Luftreinhaltung.

- | | | | |
|-----|-------------|--|------|
| 244 | 15. 7. 1988 | <p>Vermerk über die Gespräche des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Gorbatschow und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Gromyko</p> <p>Gromyko bestätigt den Termin für den Arbeitsbesuch Honeckers in Moskau im September. Im Anschluss tauschen sich beide Politiker über die deutsch-deutschen Beziehungen nach Honeckers Besuch in der Bundesrepublik aus. Gromykos Frage nach der „Emigration“ von DDR-Bürgern beantwortet Honecker mit dem Verweis auf den geringen Anteil Westreisender, die in der Bundesrepublik bleiben.</p> | 990 |
| 245 | 21. 7. 1988 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an Bundeskanzler Kohl</p> <p>Auf der Grundlage eines jüngst von den Warschauer-Pakt-Staaten verabschiedeten Konzeptes schlägt Honecker ergänzend zu globalen Bemühungen weitere Abrüstungsgespräche mit regionalem Bezug vor.</p> | 993 |
| 246 | 5. 8. 1988 | <p>Bericht über das Gespräch des Staatssekretärs und 1. Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Krolikowski, mit dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Bondarenko</p> <p>Krolikowski und Bondarenko beraten den Entwurf einer Antwort der Sowjetunion auf das Aide-mémoire der Drei Mächte zur Berlin-Initiative. Krolikowski erreicht Änderungen, um die Souveränität der DDR in Fragen des Luftverkehrs von und nach Berlin zu unterstreichen. Bondarenko erteilt das sowjetische Einverständnis zu einem Vorstoß der DDR, die Drei Mächte zu einer Zusammenarbeit hinsichtlich der Flugsicherheit des Flughafens Berlin-Schönefeld aufzufordern.</p> | 996 |
| 247 | 8. 8. 1988 | <p>Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt</p> <p>Staab berichtet über die Eröffnung der Bauhaus-Ausstellung in Dessau. Sie habe auf der Grundlage des Kulturabkommens sowie in Zusammenarbeit der Bauhaus-Institutionen in Berlin (West) und Dessau stattgefunden. Sowohl der Regierende Bürgermeister Diepgen als auch der Leiter der StäV Bräutigam nahmen teil.</p> | 1000 |
| 248 | 15. 8. 1988 | <p>Vermerk des stellvertretenden Leiters der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Schindler über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab</p> <p>Staab beschwert sich über die Sperrung eines Fußballplatzes des Diplomatischen Corps in Berlin Pankow, auf dem ein Fußballspiel der Ständigen Vertretung gegen den Berliner Senat (mit Beteiligung Diepgens) hatte stattfinden sollen. Schindler weist darauf hin, für derartige Verwendungszwecke sei der Platz nicht gedacht, die Ständige Vertretung könne daher keine Unterstützung der DDR erwarten.</p> | 1003 |

- | | | | |
|-----|-------------|--|------|
| 249 | 17. 8. 1988 | Vorlage der Verwaltungsangestellten Jansen an die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Wilms | 1004 |
| | | Laut Jansens Analyse stelle sich die SED „in nahtloser Kontinuität“ zur KPD dar, damit erscheine die DDR als das „legitime Produkt der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung“. Den Grund für diese unkritische und rückwärtsgewandte Geschichtsdeutung sieht Jansen im Bedürfnis einer klaren Abgrenzung zur Sowjetunion, in der das Reformdenken vor der Parteigeschichte nicht Halt mache. Im Ergebnis handele es sich um den Versuch, sich der Richtigkeit des eigenen Standpunktes zu versichern und die „Parteikader moralisch aufzurüsten gegen die mannigfachen Anfechtungen aus östlicher Richtung“. | |
| 250 | 22. 8. 1988 | Vermerk des Referats 227 im Bundesministerium für Forschung und Technologie über das Gespräch des Staatssekretärs Ziller mit dem Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Technik der DDR Stubenrauch | 1010 |
| | | Ziller und Stubenrauch erzielen Einverständnis über die grundlegenden Verfahrensschritte bei gemeinsamen Projekten im Rahmen des WTZ-Abkommens. | |
| 251 | 23. 8. 1988 | Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski | 1016 |
| | | Im Zentrum der Besprechung steht, verknüpft mit anderen Sachfragen, erneut die Neufestsetzung der Transitpauschale für die Jahre 1990 bis 1999, ohne dass es eine Annäherung der Standpunkte gibt. Schalck-Golodkowski verweist lediglich auf eine Revision der reiserechtlichen Regelungen der DDR und zusätzlichen Kompensationsbedarf für gesteigerte Valutaausgaben. Schäuble bekräftigt seine Position, wonach eine Vereinbarung über eine deutlich erhöhte Transitpauschale an die Aufnahme von Gesprächen über die Reinhaltung der Elbe gebunden sein müsse. | |
| 252 | 23. 8. 1988 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble | 1018 |
| | | Vgl. Nr. 251. | |
| 253 | 25. 8. 1988 | Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg an Bundeskanzler Kohl | 1023 |
| | | Duisberg informiert zusammenfassend über die Gespräche Lafontaines mit Honecker und Krenz. Die Themen umfassten Abrüstungsfragen, die Reformpolitik in der UdSSR sowie die innere Lage der DDR und die aktuellen innerdeutschen Beziehungen. | |

- | | | | |
|------|-------------|--|------|
| 254 | 31. 8. 1988 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis</p> <p>Tagesordnungspunkte sind der Stand der Gespräche Schäubles mit Schalck-Golodkowski über die Neufestsetzung der Transitzuschläge sowie die Verhandlungen über den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover–Berlin (West).</p> | 1026 |
| 255 | 5. 9. 1988 | <p>Vermerk des Regierungsleiters Homann über das Gespräch des Bundesministers für Wirtschaft Bangemann mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Mittag resümiert eine insgesamt positive Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seit dem Besuch Honeckers (Stromprojekt, Airbus, Touristenhotel, Gestaltungsproduktionen). Bangemann stimmt dem zwar zu, die rückläufige Tendenz des innerdeutschen Handels, namentlich im Bereich der Investitionsgüter, dürfe jedoch nicht hingenommen werden. Er befürwortet weiterhin die Einrichtung einer Gemeinsamen Wirtschaftskommission unter Einbeziehung von Berlin (West) als Sitzungsort.</p> | 1029 |
| 256 | 5. 9. 1988 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an den Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble über das Gespräch des Bundesministers für Wirtschaft Bangemann mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Nach einem Resümee Bangemanns über die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen thematisiert Honecker v. a. Fragen der Abrüstung sowie seine Vorstellungen über die Zusammenarbeit im „gemeinsamen Haus Europa“. Bangemann befürwortet die Einrichtung einer Gemeinsamen Wirtschaftskommission unter Einbeziehung von Berlin (West) als Sitzungsort.</p> | 1036 |
| 257 | 6. 9. 1988 | <p>Information über Städtepartnerschaften zwischen Städten der DDR und der Bundesrepublik Deutschland</p> <p>Ausgehend von den bereits genehmigten 46 Städtepartnerschaften bewertet eine Zwischenbilanz die bisherige Entwicklung dieser deutsch-deutschen Kontaktebene. Der DDR sei es gelungen, in den Vertragstexten ihre politischen Ziele zu verankern. Aus der Bundesrepublik lägen 810 weitere Anträge zur Aufnahme von Städtepartnerschaften vor. Angemahnt wird die auch künftige Einhaltung der beschlossenen Prinzipien. Versuche der bundesdeutschen Seite, die Städtepartnerschaften politisch zu „mißbrauchen“, seien zurückzuweisen.</p> | 1040 |
| 257A | | <p>Anlage</p> <p>Auflistung „Realisierungsstand der Städtepartnerschaften DDR–BRD“.</p> | 1047 |

- | | | | |
|-----|-------------|---|------|
| 258 | 9. 9. 1988 | Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit den Botschaftern Frankreichs Boidevaix, Großbritanniens Mallaby und dem Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika Dobbins in der Bundesrepublik Deutschland

Schäuble unterrichtet die Botschafter, dass er in Kürze eine Einigung mit der DDR über die Neufestsetzung der Transitspauschale erwarte, und bittet um Einverständnis zu den Berlin betreffenden Bestandteilen. Auf Frage Mallabys erklärt Schäuble, ein Besuch Kohls in der DDR werde wohl weder 1989 noch im Wahljahr 1990 stattfinden, dies sei „keine dringende Frage“. | 1049 |
| 259 | 14. 9. 1988 | Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski

Schäuble und Schalck-Golodkowski paraphieren die Vereinbarung zur Neufestsetzung der Transitspauschale, über deren Wortlaut sie seit ihrem letzten Gespräch (Nr. 251 und Nr. 252) Einvernehmen erzielt hatten. Seitens der DDR ergeht eine Einladung an Schäuble zu Gesprächen mit Fischer und Honecker über eine „Zwischenbilanz“ der bilateralen Beziehungen im November 1988. Bis dahin sei die Erklärung der DDR, Verhandlungen zur Reinhaltung der Elbe aufzunehmen, „strikt vertraulich“ zu behandeln. | 1051 |
| 260 | 14. 9. 1988 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble

Vgl. Nr. 259. | 1053 |
| 261 | 15. 9. 1988 | Protokoll des Ministerialrats Germelmann über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Neubauer

Schäuble protestiert gegenüber Neubauer wegen eines Grenzzwischenfalls, bei dem ein Mann durch DDR-Grenztruppen angeschossen worden sei, nachdem er bereits das Territorium der Bundesrepublik erreicht habe. Dieser Vorgang stehe in einem „schwer erklärbaren Widerspruch“ zur am Vortag erreichten Verständigung bezüglich der Transitspauschale. | 1056 |
| 262 | 21. 9. 1988 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt

Bräutigam berichtet, der „Übersiedlungsdruck in der DDR“ nehme weiter erkennbar zu, auch wenn verlässliche Zahlen fehlten. Nicht nur sprächen DDR-Bürger vermehrt in der StÄV mit der Bitte um Unterstützung ihrer Ausreise vor, auch die Zahl von Zufluchtsfällen steige signifikant. Hoffnungslosigkeit und die fehlende Aussicht auf Reformen seien wesentliche Gründe für diese Entwicklung. Der DDR-Führung fehle ein Konzept, wie mit der Situation umzugehen sei. Im Gegenteil verschärften das mangelnde Verständnis der Behörden und Schikanen gegen Antragsteller deren individuelle Lage. | 1058 |

- | | | | |
|-----|-------------|---|------|
| 263 | 21. 9. 1988 | <p>Bericht des stellvertretenden Leiters der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Wieland über das Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Krabatsch mit dem Botschafter im Auswärtigen Amt Holik</p> <p>Wieland berichtet ausführlich über die Gespräche, die Krabatsch in Bonn mit Bundesminister Genscher, Botschafter Holik, Staatssekretär Sudhoff und Duisberg über gegenwärtige Fragen der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik führte.</p> | 1061 |
| 264 | 28. 9. 1988 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Gorbatschow im kleinen Kreis</p> <p>Gorbatschow erläutert gegenüber Honecker ausführlich Ziele und Stand des Reformprozesses in der Sowjetunion, der ganz in der Tradition Lenins stehe. Er erfasse nicht nur die Neugestaltung der in Schiefelage geratenen Wirtschaft, sondern auch die gesamte Gesellschaft, die „aus dem Zustand der Apathie“ herausgeführt werden müsse. Trotz der wiederholt beschworenen ideologischen Übereinstimmung zeigt sich Honecker irritiert bezüglich eines neuen kritischen Geschichtsbildes, wonach es früher ein „idealisiertes Bild von der Sowjetunion“ gegeben hätte.</p> | 1069 |
| 265 | 28. 9. 1988 | <p>Vermerk über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Gorbatschow im erweiterten Kreis</p> <p>Im Anschluss an die Themen des Gesprächs im kleinen Kreis (Nr. 264) erörtern Honecker und Gorbatschow die politischen Perspektiven, die mit dem für Oktober 1988 geplanten Besuch Kohls in der UdSSR verbunden sind. Gorbatschow konstatiert ein „Dreieck“, das sich mit den Briefwechseln zwischen Honecker und Kohl sowie mit ihm und Kohl herausgebildet habe. Die Bundesrepublik sei einer der „Hauptpartner“ bei der Errichtung eines „europäischen Hauses“.</p> | 1086 |
| 266 | 3. 10. 1988 | <p>Vorlage des Ministerialrats Hoesch an den Abteilungsleiter Dobiey im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen</p> <p>Hoesch informiert über den zweiten Erfahrungsaustausch der Partnerstädte beim deutschen Städtetag in Köln. Es habe ein Austausch u. a. über die Gestaltung der Partnerschaftsvereinbarungen und die konkreten Partnerschaftsprogramme stattgefunden. Das ZDF habe die Sendung „Städteurnier“ vorgestellt, bei der eine Einbeziehung von Partnerstädten aus der DDR erwogen werde.</p> | 1091 |

- | | | | |
|--|--------------|--|------|
| 267 | ohne Datum | Information des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Nier | 1096 |
| <p>Nier berichtet über die Teilnahme einer DDR-Delegation unter Leitung Mittags an den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Ministerpräsidenten Strauß in München und die im Zusammenhang damit geführten Gespräche. Kohl wie Streibl würden die Teilnahme von DDR-Vertretern hoch einschätzen. Streibl und Dick hätten das große Interesse bekundet, die von Honecker und Strauß begründeten Beziehungen Bayerns zur DDR konstruktiv weiterzuentwickeln.</p> | | | |
| 268 | 12. 10. 1988 | Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt | 1099 |
| <p>Die politische Lage in der DDR ist laut Einschätzung Staabs durch eine Reihe von „Krisensymptomen“ gekennzeichnet, den Ausreisedruck, schwelende Konflikte zwischen Staat und Kirche, massive strukturelle wirtschaftliche Probleme. Die überalterte Führung wolle sich dem Reformbedarf jedoch nicht stellen, sei zwar über die Krise in anderen sozialistischen Staaten wie Polen tief beunruhigt, reagiere aber selbst „einfallslos“. Ein „wichtiger Bestimmungsfaktor“ der inneren Lage sei das Westfernsehen, das das Informationsmonopol der SED in Frage stelle. Trotz bestehender Spekulationen sei die Nachfolge Honeckers noch nicht entschieden.</p> | | | |
| 269 | 14. 10. 1988 | Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland Burt | 1105 |
| <p>Burt stellt die Probleme dar, die aus der geplanten Teilung des Kanals 25 zwischen RIAS TV und Sat.1 resultierten, die USA könnten es sich nicht leisten, „RIAS-TV zusammenbrechen zu lassen“. Schäuble betont die Schwierigkeiten, eine eigene Frequenz für Sat.1 auf Kanal 22 mit der DDR zu koordinieren; die Angelegenheit werde Bundesminister Schwarz-Schilling weiterbetreiben.</p> | | | |
| 270 | 14. 10. 1988 | Information der Arbeitsgruppe BRD des Politbüros des Zentralkomitees der SED | 1108 |
| <p>Die Arbeitsgruppe BRD stellt richtig, dass Presseartikel aus dem Tagesspiegel und der Welt, wonach arbeitslose Ärzte aus Berlin (West) in der DDR beschäftigt würden, unzutreffend seien. Sie gibt weitere Informationen zum Stand der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustauschs zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.</p> | | | |

- | | | | |
|-----|--------------|--|------|
| 271 | 19. 10. 1988 | <p>Schreiben von Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>In seiner Antwort auf das Schreiben Honeckers vom 21. Juli 1988 (Nr. 245) würdigt Kohl die Fortschritte in den internationalen Beziehungen zwischen Ost und West, die sich nicht auf den Aspekt der Abrüstung beschränken dürften, und befürwortet weitere vertrauensbildende Maßnahmen anlässlich des KSZE-Folgetreffens und der Mandatsgespräche in Wien. Mit Blick auf die Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen betont er das Erfordernis eines ungehinderten Zugangs zu Informationen von Presse, Funk und Fernsehen sowie eine besondere „Verantwortungsgemeinschaft“ für den Umweltschutz.</p> | 1110 |
| 272 | 26. 10. 1988 | <p>Vermerk des Ministerialrats Koltitzus über das Gespräch des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam mit Rechtsanwalt Vogel</p> <p>Ausgangspunkt der Besprechung ist das beidseitige „Unbehagen“ über die zunehmende Anzahl von Zufluchtsfällen. Auf die ausdrückliche Frage Vogels antwortet Bräutigam, die Räumung der StäV von zufluchtsuchenden DDR-Bürgern unter Anwendung „sanfter Gewalt“ sei unabhängig von der Rechtslage „politisch gänzlich unakzeptabel“.</p> | 1113 |
| 273 | 27. 10. 1988 | <p>Bericht des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Minister für Staatssicherheit der DDR Mielke über das Gespräch mit dem Unternehmer März</p> <p>Schalck-Golodkowski informiert Mielke über die Fortführung seiner Kontakte zur CSU nach dem Tod von Strauß. Willi März habe ihn über die künftig führenden Personen Tandler, Waigel und Streibl informiert. Ein erstes Treffen mit „Waigel/Tandler“ werde ihm wohl im Dezember vorgeschlagen.</p> | 1115 |
| 274 | 30. 10. 1988 | <p>Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Leiter der 3. Europäischen Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Bondarenko</p> <p>Bondarenko informiert Honecker im Auftrag Gorbatschows ausführlich über den Besuch Kohls in der UdSSR, bei dem u. a. der Stand der internationalen Sicherheitspolitik erörtert wurde. Gorbatschow habe Kohl insbesondere zur Zusammenarbeit im Rahmen der „Errichtung des Hauses Europa“ aufgefordert, für seinen Gegenbesuch in der Bundesrepublik sei ein gemeinsames politisches Dokument vorgesehen. Kohl seinerseits sei mit seiner Bemerkung, dass die deutsche „Spaltung nicht das letzte Wort“ sei, bei Gorbatschow nicht durchgedrungen. Nach Honeckers Einschätzung habe der Besuch für die Bundesregierung „nur wenig Erfolg“ gebracht, er lässt Gorbatschow dafür danken, dass dieser den „revanchistischen Illusionen“ Kohls entschieden entgegengetreten sei.</p> | 1116 |

- 275 2. 11. 1988 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch im Erweiterten Dreierkreis 1134
- Ein Tagesordnungspunkt widmet sich der Vorbereitung der Gespräche Schäubles mit Fischer und Honecker am 9./10. November 1988 (u. a. Ausreisepolitik der DDR, Reise- und Besuchsverkehr, Tourismus, schrumpfender innerdeutscher Handel). Anschließend berät das Gremium über die bestehenden Hemmnisse beim Ausbau des Flugverkehrs von und nach Berlin.
- 276 9. 11. 1988 Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt 1140
- Staab unterrichtet den künftigen Leiter der StÄV über das nach wie vor gespannte Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Der Staat verlange, dass die Kirche sich aus politischen Angelegenheiten heraushalten solle, und kirchlicherseits sei man enttäuscht über die Reformverweigerung der DDR-Führung, namentlich auch über den neuen Staatssekretär für Kirchenfragen Löffler.
- 277 9./10. 11. 1988 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik Duisberg über die Gespräche des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer 1143
- Duisberg berichtet ausführlich über Verlauf und Ergebnisse des protokollarisch offiziellen Besuchs von Schäuble in Berlin (Ost). Die DDR-Seite äußert u. a. Bereitschaft, die Reisepolitik fortzusetzen und 1989 Gespräche über die Reinhaltung der Elbe aufzunehmen. Anlässlich einer „Zwischenbilanz“ der Entwicklung nach dem Besuch Honeckers unterstreicht Schäuble nicht nur Fortschritte in Einzelfragen, sondern benennt auch bestehende Belastungen (u. a. Grenzzwischenfälle, Behinderung von Journalisten). Nach Ausführungen zur Abrüstungspolitik mahnt Honecker seinerseits Entgegenkommen bei offenen Grundsatzen an, namentlich der Festlegung der Elbgrenze, der Erfassungsstelle Salzgitter und den Parlamentskontakten. Neben Bemerkungen zur bilateralen und internationalen Zusammenarbeit äußert Fischer u. a. den Wunsch nach unmittelbaren Kontakten der beiden deutschen Außenminister.
- 278 10. 11. 1988 Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble 1162
- Vgl. Nr. 277.

- | | | | |
|-----|--------------|--|------|
| 279 | 10. 11. 1988 | Vermerk des stellvertretenden Leiters der Abteilung BRD Schindler über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble
Vgl. Nr. 277. | 1170 |
| 280 | 11. 11. 1988 | Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt

Staab berichtet über die Gedenkveranstaltungen in der DDR zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht. Wenngleich man auch seitens der DDR begonnen habe, sich der historischen Verantwortung für die NS-Zeit zu stellen, bleibe dies ohne „konkrete Konsequenzen“. Die DDR stelle sich bei dieser Gelegenheit als „Hort des Antifaschismus“ dar, manche Äußerungen oder Maßnahmen gerieten „in die Nähe der Selbstbeweihräucherung“. | 1176 |
| 281 | 14. 11. 1988 | Bericht des Ministers für Staatssicherheit der DDR Mielke

Auf der Grundlage eines Berichts der bundesdeutschen Vatikan-Botschaft, der in die Hände der Staatssicherheit gelangt ist, berichtet Mielke, dass Kardinal Meisner Papst Johannes Paul II. zu einem Besuch in die DDR und nach Berlin einladen werde. Trotz logistischer Unterstützung von staatlicher Seite handle es sich um einen Besuch mit pastoralem Charakter. Es werde Wert darauf gelegt, dass durch den Besuch weder Statusfragen der Stadt Berlin noch die Situation des Bistums Berlin und seiner Grenzen berührt würden. | 1180 |
| 282 | 21. 11. 1988 | Meldung des Referats 32C im Bundesnachrichtendienst

Laut Auswertung des BND dürfte die Zahl der Fluchten, sowohl über die innerdeutsche Grenze und Berlin als auch über Drittstaaten, im laufenden Jahr die des Jahres 1987 noch einmal deutlich übertreffen. Neben der Beschreibung der Fluchtmuster benennt die Meldung die Fluchtmotive (meist „Unzufriedenheit“) sowie die Maßnahmen der DDR nach geglückter Flucht, die von Rückholversuchen bis zu Repressionen gegen das Umfeld des Flüchtlings reichen. | 1184 |
| 283 | 23. 11. 1988 | Vorlage der Verwaltungsangestellten Jansen an die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen Wilms

Nachdem die SED die sowjetische Reformpolitik nicht mehr ignorieren könne, reagiere sie laut der Analyse Jansens mit der Rückwendung zu orthodoxen sozialistischen Positionen, d. h. mit dem Beharren auf Macht- und Ideologiemonopol wie auf der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Sie begründe diese Orthodoxie mit der „Sonderlage“, in der sie unablässig der „Konkurrenz durch das Gegensystem“ Bundesrepublik ausgesetzt sei, und verkaufe die eigene „Misere als Bestleistung“. Gorbatschows „Revolution“ sei für eine in die Defensive geratene DDR-Führung „eine blanke Katastrophe“. | 1190 |

- 284 24. 11. 1988 Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt 1197
- Ausgehend von einem Kommentar im Neuen Deutschland, wonach die Oktober-Ausgabe der sowjetischen Zeitung Sputnik Beiträge enthalte, die das kommunistische Geschichtsbild der Stalinzeit verzerren, berichtet Stab über das Auslieferungsverbot der Zeitung in der DDR. Er sieht in dem Verbot ein „Symbol für die abweisende Haltung der SED gegenüber der ‚neuen Offenheit‘ in den sowjetischen Medien“.
- 285 5./6. 12. 1988 Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen von Berg über das zweite Beauftragtesgespräch nach dem Umweltabkommen 1199
- Von Berg teilt mit, Thema der Besprechung sei u. a. die Durchführung von Projekten im Rahmen des Umweltabkommens und deren finanzielle Realisierung gewesen. Die DDR-Seite habe ihre Bereitschaft bestätigt, 1989 Gespräche über die Reinhaltung der Elbe aufzunehmen.
- 286 6. 12. 1988 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 1202
- Bräutigam berichtet, das VII. Plenum des Zentralkomitees der SED am 1./2. Dezember 1988 habe den defensiven und Reformen abgeneigten Kurs Honeckers bestätigt. Seine Rede wie die Diskussion hätten unter einem unübersehbaren „Rechtfertigungszwang“ gestanden. Der DDR-Führung dürfte allerdings bewusst sein, dass der „Reformdruck aus West und Ost“ bleibe. Personelle Veränderungen habe es nicht gegeben, in näherer Zukunft seien sie auch nicht zu erwarten.
- 287 7. 12. 1988 Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Staab an das Bundeskanzleramt 1206
- „Öffnungstendenzen“ in der Kulturpolitik der DDR in der jüngeren Vergangenheit würden laut Bericht Staabs neuerdings durch ein represives staatliches Eingreifen „überschattet“. Gleichwohl würde ein gewisser Freiraum für kulturelle Veranstaltungen zugelassen. Auch artikuliere sich im Kulturbereich die Auseinandersetzung einzelner Künstler mit der revidierten sowjetischen Geschichtspolitik.
- 288 8. 12. 1988 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 1213
- Bräutigam berichtet, er habe anlässlich seiner Abschiedsbesuche bei Schabowski, Kleiber, Hager und Sindermann ein „verändertes politisches Klima“ wahrgenommen. Namentlich hätten seine Gesprächspartner u. a. Forderungen nach Veränderung in der DDR als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der DDR zurückgewiesen. Trotz teilweise polemisch vorgetragener Kritik würden sie positive Entwicklungen in der bilateralen Zusammenarbeit nicht infrage stellen.

- | | | | |
|-----|--------------|---|------|
| 289 | 14. 12. 1988 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Duisberg über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel</p> <p>Einleitend moniert Seidel deutschlandpolitische Äußerungen während der Debatte zur Lage der Nation im Deutschen Bundestag. Duisberg verweist seinerseits auf die bekannten Grundsatzpositionen der Bundesregierung und kritisiert polemische Ausfälle der DDR-Seite. Mit Bezug auf die Gespräche Schäubles in Berlin (Ost) (vgl. Nr. 277) setzen beide die Erörterung der aktuellen bilateralen Sachfragen fort (u. a. Verbesserungen im Reiseverkehr, Jugendtourismus, Prüfung einer Korrektur des Mindestumtauschs, Kulturprogramm für die Jahre 1990/1991, Ministerbesuche und avisierte außenpolitische Konsultationen).</p> | 1215 |
| 290 | 15. 12. 1988 | <p>Bericht des Ministerialrats in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland von Studnitz an das Bundeskanzleramt</p> <p>Ausgehend von einer Publikation des Instituts für Politik und Wirtschaft konstatiert von Studnitz, die DDR habe erhebliche ideologische Schwierigkeiten, wie mit der deutschen Zweistaatlichkeit im Rahmen eines „Europäischen Hauses“ umzugehen sei. Sie befürchte eine von der westeuropäischen Integration ausgehende Sogkraft.</p> | 1222 |
| 291 | 19. 12. 1988 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Bräutigam berichtet über seinen Abschiedsbesuch bei Honecker. Neben dessen Bemerkungen zu Abrüstungsfragen resümierten beide die insgesamt positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen, das Verhältnis könne, so Bräutigam, „wegen der unterschiedlichen Systeme und Grundpositionen“ jedoch nicht völlig spannungsfrei sein. Bezogen auf das Grenzregime behauptete Honecker, es gebe keinen Schießbefehl mehr, wenn geschossen werde, seien das „Warnschüsse“.</p> | 1223 |
| 292 | 19. 12. 1988 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam</p> <p>Vgl. Nr. 291.</p> | 1226 |

- 293 21. 12. 1988 Information des Ministers für Staatssicherheit der DDR 1229
Mielke

Mielke gibt Informationen weiter, die er wohl vermittelt durch den Bericht eines inoffiziellen Mitarbeiters erhielt („Streng intern“). Demnach habe Bischof Leich den Thüringischen Landeskirchenrat vertraulich über ein Gespräch mit Kohl informiert: Unter anderem halte dieser die politische Lage in der DDR für stabil, die gegenwärtigen außen- und innenpolitischen Ziele der Führung jedoch für „nicht durchschaubar“. Leich habe sich über die unterschiedliche Situation der evangelischen Kirchen in Berlin-Brandenburg („Alleingang“ Forcks und Krusches) und Thüringen (wachsende Bedeutung der „Basisgruppen“) geäußert.

- 294 22. 12. 1988 Mitteilung des Vorsitzenden der CSU Waigel an den General- 1231
sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des
Staatsrates der DDR Honecker

Waigel erklärt Bereitschaft und Interesse, die seit Sommer 1983 gepflegten Beziehungen zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der DDR auch nach dem Tod von Strauß fortzuführen. Er schlägt ein erstes Treffen mit Schalck-Golodkowski im ersten Quartal 1989 in München vor.